

19.08.2019

Investment-Konditionen Lyke GmbH

Beteiligungskonditionen

Zielgesellschaft	Lyke GmbH
Art der Beteiligung	B-Shares (Indirekte Beteiligung über Special Purpose Vehicle („SPV“))
Gesellschafterstellung	Indirekte Gesellschafterstellung über SPV
Gesellschafterstimmrechte	Indirekte Gesellschafterstimmrechte über SPV
Finanzierungsziel	500.000 € (davon bereits 442.500 € vom Angel Club investiert)
Unternehmensbewertung	10.000.000 € (Premoney)
Liquidationspräferenz	Einfache anrechenbare Liquidationspräferenz (Erlöspräferenz) über SPV
Anti-Dilution-Regelung	Standard Weighted-Average-Klausel für 24 Monate über SPV
Drag-Along- und Tag-Along-Rechte	Marktübliche Mitveräußerungsrechte und -pflichten über SPV
Garantien	Die Gründer geben dem SPV angemessene und marktübliche Garantien zum Schutz der Neu-Investoren ab.
Pooling	Um ein höchstmögliches Stimmgewicht bei Gesellschafterbeschlüssen zu haben, gibt das SPV seine Stimmen bei Gesellschafterbeschlüssen immer einheitlich ab. Die B-Share-Investoren stimmen hierzu über alle Gesellschafterbeschlüsse vorab online in einer Poolabstimmung ab. Entsprechend des Ergebnisses in der Poolabstimmung stimmt das SPV dann einheitlich in der Gesellschafterversammlung ab. Hierzu werden die B-Share-Investoren in der Gesellschafterversammlung von dem SPV vertreten.

Zeichnungsprozess

1. Start des Investitionsprozesses	<p>Um den Investitionsprozess zu starten, klicken Sie bitte auf „Jetzt investieren“.</p> <p>Der gesamte Investitionsprozess kann online abgeschlossen werden. Eine notarielle Vollmacht ist – anders als bei den A-Shares – nicht erforderlich.</p>
2. Datenerfassung und Legitimation	<p>Damit Ihre Anteile zugeteilt werden können, ist es gesetzlich erforderlich, dass Sie bestimmte Daten hinterlegen (z.B. zu Erfahrungen und Kenntnissen).</p> <p>Zudem muss nach dem Geldwäschegesetz (GwG) die Identität aller Investoren festgestellt werden. Hierfür müssen Sie Ihre Identität im Rahmen einer Video- oder Postident-Legitimierung bestätigen.</p> <p>Falls Sie die Datenerfassung und die Legitimation bereits bei früheren Investments auf Companisto abgeschlossen haben, müssen Sie diesen Schritt nicht erneut wiederholen und können ihn überspringen.</p>
3. Depot-Verbindung	<p>Bei den B-Shares handelt es sich um depotfähige Wertpapiere mit eigener WKN (Wertpapierkennnummer) und ISIN (International Securities Identification Number). Die B-Shares müssen in einem Depot einer Bank oder eines Online-Brokers verwahrt werden.</p> <p>Bitte halten Sie daher Ihre Depot-Verbindung bereit und geben diese im nächsten Schritt an.</p>
4. Beteiligungsverträge und Einzahlung des Investitionsbetrages	<p>Die Investoren erhalten anschließend die Beteiligungsverträge und nehmen auf dieser Grundlage die Einzahlung der Investitionsbeträge per Banküberweisung auf ein offenes Treuhandsammelkonto der Secupay AG vor.</p> <p>Die Secupay AG ist ein von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für das Finanztransfer-Geschäft zugelassenes Zahlungsinstitut.</p>
5. Zeichnung der Anteile	<p>Nach Abschluss der Finanzierungsrunde übernimmt das SPV für die Investoren die GmbH-Anteile an der Zielgesellschaft und bucht die B-Shares in die Depots der Investoren ein.</p>

Hinweis

Der Erwerb dieses Wertpapiers ist mit erheblichen Risiken verbunden und kann zum vollständigen Verlust des eingesetzten Vermögens führen. Der in Aussicht gestellte Ertrag ist nicht gewährleistet und kann auch niedriger ausfallen. Dieses Dokument dient der Bewerbung des Wertpapiers. Für dieses Wertpapierangebot ist ein Basisinformationsblatt veröffentlicht worden. Dieses ist unter www.companisto-trust-service.de/ii/bib abrufbar.

Companisto Lyke GmbH_B-Shares_2019_PPC

-

Genussscheinbedingungen

der

Companisto Trust Service II GmbH

1. ALLGEMEINES

1.1 Nennbetrag

Die Companisto Trust Service II GmbH (die „**Gesellschaft**“) begibt unter der Bezeichnung „Companisto Lyke GmbH_B-Shares_2019_PPC“ Genussscheine im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 999.890,71 (in Worten: neunhundertneunundneunzigtausendachthundertneunzig Euro einundsiebzig Cent Euro), die in bis zu 2.639 (in Worten: zweitausendsechshundertneununddreißig) gemäß den Vorgaben der Ziffer 1.4 unter sich gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Genussscheine zu je EUR 378,89 (in Worten: dreihundertachtundsiebzig Euro neunundachtzig Cent Euro) (die „**Genussscheine**“) eingeteilt sind.

1.2 Erwerb von Genussscheinen

Der Erwerb der Genussscheine bedarf der Zeichnungserklärung gegenüber der Gesellschaft und Einzahlung des in der Zeichnungserklärung benannten Ausgabepreises auf das in der Zeichnungserklärung bezeichnete Konto. Der Erwerb der Genussscheine kommt mit Zugang der Annahmeerklärung der Gesellschaft und Buchung der Genussscheine auf dem Depot des Genussscheininhabers zustande.

1.3 Form und Verwahrung

1.3.1 Die Genussscheine werden von der Gesellschaft als Inhaberpapiere nach deutschem Recht begeben.

1.3.2 Die von der Gesellschaft begebenen Genussscheine sind durch eine oder mehrere Dauer-Inhaber-Globalurkunde(n) (die „**Dauerglobalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Effektive Genussscheine werden nicht ausgegeben. Der Anspruch auf Lieferung effektiver Genussscheine ist ausgeschlossen.

1.3.3 Die Dauerglobalurkunde wird bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (das „**Clearingsystem**“) hinterlegt und entsprechend den anwendbaren Regeln und Vorschriften des Clearingsystems verwahrt. Die Genussscheine sind als Miteigentumsanteile an der Dauerglobalurkunde in Übereinstimmung mit den anwendbaren Regeln und Vorschriften des Clearingsystems übertragbar. Die Gesellschaft liefert zu diesem Zweck die Dauerglobalurkunde bei dem Clearingsystem ein. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändige(n) Unterschrift(en) von Vertretern der Gesellschaft in vertretungsberechtigter Zahl.

1.4 Status

1.4.1 Die Genussscheine begründen unmittelbare, unbesicherte, nachrangige und (nach Maßgabe dieser Genussscheinbedingungen) bedingte Verbindlichkeiten der Gesellschaft und stehen im gleichen Rang untereinander.

1.4.2 Die Genussscheine berechtigen die Genussscheininhaber, von der Gesellschaft Zahlungen nach Maßgabe dieser Genussscheinbedingungen zu verlangen. Zahlungen an die Genussscheininhaber durch die Gesellschaft hängen von Ausschüttungen aus der Beteiligung an der Lyke GmbH, Hannover („**Target**“, die Beteiligung daran die „**Target-Beteiligung**“) an die Gesellschaft und/oder von einem Gewinn der Gesellschaft aus der Veräußerung der Target-Beteiligung durch die Gesellschaft ab.

2. AUSSCHÜTTUNGEN AUF DIE GENUSSSCHEINE, BESCHLÜSSE DER GENUSSSCHEININHABER

2.1 Variable Ausschüttung

2.1.1 Genussscheininhaber haben einen Anspruch auf eine variable Ausschüttung (die „**Variable Ausschüttung**“). Die Variable Ausschüttung setzt sich aus den an die Gesellschaft ausgeschütteten Gewinnen aus der Target-Beteiligung sowie den Gewinnen der Gesellschaft aus einer möglichen Veräußerung von Anteilen am Target (berechnet als Veräußerungserlös abzüglich Anschaffungskosten) nach Steuern und abzüglich aller sonstigen vorrangigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft gemäß Ziffer 3 zusammen. Dieser Anspruch auf die Variable Ausschüttung entsteht, soweit die von der Gesellschaft erzielten und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft erfassten Erträge die vorrangigen Verbindlichkeiten, wie unten in Ziffer 3 näher definiert, der Gesellschaft übersteigen und außerdem die Voraussetzungen dieser Ziffer 2.1 sowie der Ziffer 3 erfüllt sind.

2.1.2 Die Zahlung der Variablen Ausschüttung erfolgt vorbehaltlich der nachstehenden Regelungen

- (a) soweit sie auf ausgeschütteten Gewinnen aus der Target-Beteiligung basiert: jährlich zum 30.9. („**Ausschüttungstag**“) auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses des Targets für das vorangegangene Geschäftsjahr, frühestens aber, sobald die Gesellschaft die entsprechende Ausschüttung des Targets erhalten hat;
- (b) soweit sie auf Gewinnen der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen am Target basiert: innerhalb eines Monats, nachdem die Gesellschaft den Erlös aus der Veräußerung erhalten hat.

Die Ausschüttung erfolgt außerdem nur, soweit die auf einen Genussschein entfallende Ausschüttung den Betrag von EUR 5 übersteigt. Eine Ausschüttung und/oder im Fall eines Exit auch eine etwaige vollständige oder teilweise Rückzahlung des Genussscheinkapitals darf nur erfolgen, wenn und soweit der Gesellschaft eine Liquiditätsreserve von mindestens 5 % des eingezahlten Genussscheinkapitals verbleibt (vgl. Ziffer 3.1.1).

2.2 Zahlung von Ausschüttungen

2.2.1 Zahlungen auf die Variable Ausschüttung werden nur geleistet (i) nach Bildung einer Liquiditätsreserve gemäß Ziffer 3 und (ii) sofern die Variable Ausschüttung gemäß Ziffern 3 und 4 zahlbar ist.

2.2.2 Die letzte Ausschüttung erfolgt am Endfälligkeitstag; der Endfälligkeitstag gilt insoweit als Ausschüttungstag.

2.3 Keine Gesellschafterrechte, Beschlüsse

2.3.1 Die Genussscheine gewähren keine Mitgliedschaftsrechte in der Gesellschaft, insbesondere keine Teilnahme-, Mitwirkungs- und Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung oder einen sonstigen Einfluss auf die Geschäftsführung.

2.3.2 Abweichend von Ziffer 2.3.1 bedarf die Gesellschaft für die Zustimmung zu folgenden Geschäften und Maßnahmen in dem Target oder in Bezug auf das Target und/oder für die Erteilung von Weisungen dazu der Zustimmung der gemäß Ziffer 2.4 legitimierten Genussscheininhaber (die „**Genussscheininhaber**“) per Beschluss („**Genussscheininhaberbeschluss**“):

- in allen Fällen, in denen es aufgrund von i) Gesetz oder ii) Satzung des Targets oder iii) einer schuldrechtlichen Vereinbarung in Bezug auf das Target, die Target-Beteiligung und/oder die Ausübung der damit verbundenen Rechte („**Gesellschaftervereinbarung**“), eines Gesellschafterbeschlusses bedarf; sowie
- sonstige Maßnahmen in dem Target, hinsichtlich derer die Gesellschaft die Genussscheininhaber zur Fassung eines Genussscheininhaberbeschlusses auffordert.

2.3.3 Abweichend von Ziffer 2.3.1 bedürfen folgende Geschäfte und Maßnahmen in der Gesellschaft der Zustimmung der Genussscheininhaber per Genussscheininhaberbeschluss:

- die Veräußerung von Geschäftsanteilen an dem Target oder sonstige Verfügungen über die Target-Beteiligung, es sei denn, es besteht auf Basis der Satzung des Targets oder einer Gesellschaftervereinbarung eine Mitveräußerungspflicht der Gesellschaft (Drag-Along);

falls der Gesellschaft im Zuge eines auf die Target-Beteiligung bezogenen Erwerbsangebots ein Mitveräußerungsrecht (Tag-Along) zusteht, ist die Gesellschaft verpflichtet, einen Genussscheininhaberbeschluss zu der Frage herbeizuführen, ob die Gesellschaft dieses Mitveräußerungsrecht ausüben möchte, also die gesamte oder einen Teil der Target-Beteiligung veräußern möchte;

- Aufhebung, Änderungen oder Neuabschluss der bestehenden Gesellschaftervereinbarung oder sonstiger Vereinbarungen in Bezug auf das Target, die Target-Beteiligung und/oder die Ausübung der damit verbundenen Rechte;
- Abschluss von Vereinbarungen, die eine Beteiligung am Ergebnis der Gesellschaft zum Gegenstand haben, die nicht in diesen Genussscheinbedingungen vorgesehen ist;
- sonstige Maßnahmen in der Gesellschaft, hinsichtlich derer die Gesellschaft die Genussscheininhaber zur Fassung eines Genussscheininhaberbeschlusses auffordert.

2.3.4 Genussscheininhaberbeschlüsse nach den vorstehenden Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 werden von Genussscheininhabern mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht diese Genussscheinbedingungen andere Mehrheitsverhältnisse vorsehen. Dies gilt auch dann, wenn sich der Genussscheininhaberbeschluss auf einen in der Gesellschafterversammlung des Targets zu fassenden Beschluss bezieht, welcher dort einer qualifizierten Mehrheit oder der Einstimmigkeit bedarf. Stimmenthaltungen zählen bei den Beschlussfassungen der Genussscheininhaber – soweit in diesen Genussscheinbedingungen nichts Abweichendes geregelt ist – als nicht abgegebene Stimmen.

2.3.5 Die Aufforderung zur Fassung eines Genussscheininhaberbeschlusses nach den vorstehenden Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 erfolgt durch die Gesellschaft, die sich hierzu des Plattformbetreibers bedienen wird. Die Frist zur Abstimmung beträgt sieben Tage. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Aufforderung. Die Aufforderung wird elektronisch im für jeden Genussscheininhaber auf der Plattform angelegten Account (Ziffer 2.4) hinterlegt. Der Genussscheininhaber erhält darüber hinaus eine Mitteilung an die in seinem Account hinterlegte E-Mail-Adresse. Beschlussfassungen der Genussscheininhaber finden elektronisch statt.

2.3.6 Jeder Genussschein gewährt eine Stimme.

- 2.3.7 Falls innerhalb der ersten sieben Tage der Abstimmungsfrist Genussscheininhaber, die mindestens 10 % des ausstehenden Genussscheinkapitals halten, verlangen, dass die Abstimmenden sich durch Vorlage eines aktuellen Depotauszugs zu legitimieren haben („**Legitimationsverlangen**“), teilt die Gesellschaft dies über die Plattform allen Abstimmungsberechtigten mit. Dadurch verlängert sich die Frist um weitere sechs Tage und es werden in diesem Fall nur diejenigen Stimmen von Genussscheininhabern gezählt, die sich bis zum Ende dieser verlängerten Frist entsprechend legitimiert haben.
- 2.3.8 Das so gefundene Abstimmungsergebnis ist für alle Genussscheininhaber und für das Stimmverhalten der Gesellschaft verbindlich. Das Beschlussergebnis wird von der Gesellschaft festgestellt und den Genussscheininhabern durch Übersendung eines Protokolls per E-Mail oder durch elektronische Zurverfügungstellung des Protokolls in dem Account des Genussscheininhabers auf der Plattform mitgeteilt.
- 2.3.9 Die Genussscheininhaber können nach §§ 5 ff. SchVG durch Mehrheitsbeschluss Änderungen dieser Bedingungen zustimmen. Insbesondere kann im Fall eines Börsengangs des Targets der Beschluss gefasst werden, zuzustimmen, die Genussscheine (zu einem in Einklang mit den Regelungen dieser Bedingungen festzulegenden Kurs) in Aktien des Targets umzutauschen. Eine Verpflichtung zur Leistung kann für die Genussscheininhaber durch Mehrheitsbeschluss nicht begründet werden.
- 2.4 **Plattform, Account**
- 2.4.1 Genussscheininhaber, die an Genussscheininhaberbeschlüssen nach Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 teilnehmen möchten, müssen sich zunächst unter www.companisto.com („**Plattform**“) registrieren. Die Plattform wird von der Companisto GmbH betrieben („**Plattformbetreiber**“). Die Gesellschaft ist jederzeit berechtigt, den Plattformbetreiber durch einen anderen vergleichbaren Dienstleister zu ersetzen. Eine entsprechende Änderung ist den Genussscheininhabern per E-Mail und durch Mitteilung im Bundesanzeiger mitzuteilen.
- 2.4.2 Mit Abschluss der Registrierung auf der Plattform erhält der Genussscheininhaber Zugang zu einem eigens für ihn eingerichteten Benutzerkonto auf der Plattform („**Account**“). Nach erfolgreicher Legitimationsprüfung durch den Plattformbetreiber, die unverzüglich zu erfolgen hat, gilt der Genussscheininhaber als gegenüber dem Plattformbetreiber und der Gesellschaft legitimiert, an Genussscheininhaberbeschlüssen nach Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 teilzunehmen.
- 2.4.3 Jeder Accountinhaber ist sowohl für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm im Rahmen der Registrierung seines Accounts angegebenen Daten als auch für die rechtzeitige Mitteilung etwaiger Änderungen solcher Daten (z.B. Name, Anschrift, E-Mail-Adresse) selbst verantwortlich. Der Plattformbetreiber ist berechtigt, soweit gesetzlich (z.B. im Rahmen des Geldwäschegesetzes) erforderlich, angemessene Nachweise im Hinblick auf die im Account hinterlegten Daten zu verlangen. Im Falle einer Übertragung von Genussscheinen gilt der Erwerber als gegenüber dem Plattformbetreiber und der Gesellschaft legitimiert, an Genussscheininhaberbeschlüssen nach Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 teilzunehmen, sobald a) die Übertragung dem Plattformbetreiber unter Mitteilung der nach Satz 1 und 2 erforderlichen Daten durch den bisherigen Genussscheininhaber und den Rechtsnachfolger mitgeteilt worden ist und b) der Rechtsnachfolger sich nach Ziffer 2.4.1 und Ziffer 2.4.2 registriert hat und der Plattformbetreiber erfolgreich eine Legitimationsprüfung durchgeführt hat, die unverzüglich zu erfolgen hat. Nach Anzeige der Rechtsnachfolge durch den Genussscheininhaber und den Rechtsnachfolger ruht das Stimmrecht bis zur erfolgreichen Legitimationsprüfung des Rechtsnachfolgers. Alternativ kann die Berechtigung durch Depotauszug oder sonstige geeignete Mittel nachgewiesen werden. Die Regelung in Ziffer 2.3.7 bleibt unberührt.

2.4.4 Accountinhaber haben die Zugangsdaten zu ihrem Account geheim zu halten, um einen unberechtigten Zugriff zu vermeiden. Accountinhaber sind weder zur Überlassung ihres Accounts an Dritte noch zur Verwendung von Accounts Dritter berechtigt. Ein Accountinhaber hat die Plattform unverzüglich über eine möglicherweise unerlaubte Nutzung seines Accounts zu informieren.

2.5 **Gewinnbeteiligung (Carried Interest)**

2.5.1 Die Companisto Beteiligungs GmbH & Co. KG („**Gewinnbeteiligungsberechtigte**“) erhält als Gegenleistung für die organisatorische Begleitung der Genussscheinhaberbeschlüsse einen Anteil am Gewinn der Gesellschaft, den die Gesellschaft aus der Target-Beteiligung erzielt („**Gewinnbeteiligung**“, Carried Interest), sobald und soweit die nachfolgend geregelten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Gewinnbeteiligung ist Aufwand der Gesellschaft.

2.5.2 Die Gewinnbeteiligung wird unter den folgenden Voraussetzungen fällig:

- (a) Bei der Veräußerung von Geschäftsanteilen an dem Target durch die Gesellschaft; als solche gilt auch jeder wirtschaftlich äquivalente Vorgang (wie etwa Vorgänge auf umwandlungsrechtlicher Grundlage, der Tausch, die Einbringung sowie vergleichbare Veräußerungsvorgänge) sowie ein Umtausch der Genussscheine in Aktien des Targets im Sinne von Ziffer 2.3.9 i.V.m. §§ 5 ff. SchVG;
- (b) falls die Anteile bzw. Aktien des Targets entweder erstmalig i) in den Handel an einem Handelsplatz im Sinne von Art. 4 Abs. 1 Nr. 24 MiFID II (Richtlinie 2014/65/EU), § 2 Abs. 22 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG), ii) in den Freiverkehr nach § 48 Börsengesetz (BörsG) oder iii) in den Handel in einem mit diesen vergleichbaren regulierten oder unregulierten Marktsegment in einem anderen Staat einbezogen werden („**Börsengang**“) und/oder
- (c) bei Dividendenzahlungen des Targets an die Gesellschaft.

2.5.3 Die Gewinnbeteiligung beträgt nach näherer Maßgabe der folgenden Regelungen 10 % der Wertsteigerung der Geschäftsanteile an dem Target bzw. 10 % der Dividenden:

- (a) Bei der Berechnung der Gewinnbeteiligung ist eine Mindestrendite der Gesellschaft von 6 % pro Jahr (bezogen auf den Erwerbspreis der Target-Beteiligung und den Zeitraum zwischen Erwerb und Dividendenzahlung bzw. Veräußerung der Target-Beteiligung bzw. Börsengang, „**Hurdle Rate**“) in Abzug zu bringen. Die Gewinnbeteiligungsberechtigte wird damit nur an der Summe von Wertsteigerungen und Dividenden prozentual im Umfang von 10 % beteiligt, die über die für den Beteiligungszeitraum aufsummierte Mindestrendite der Gesellschaft hinausgehen.
- (b) Im Fall des Börsengangs fällt die Gewinnbeteiligung in Bezug auf alle von der Gesellschaft in diesem Zeitpunkt gehaltenen Anteile am Target an. Die Wertsteigerung wird in diesem Fall berechnet als der dem Börsengang zugrunde gelegte Emissionspreis pro Aktie multipliziert mit der Anzahl der von der Gesellschaft gehaltenen Aktien abzüglich des Erwerbspreises.

Werden im Zuge des Börsengangs keine Aktien emittiert oder veräußert, tritt an die Stelle des Emissionspreises die Erstnotiz. Die Gewinnbeteiligung vollzieht sich, indem die Gesellschaft der Gewinnbeteiligungsberechtigten innerhalb von zwei Wochen nach vollzogenem Börsengang Aktien des Targets im Wert von 10 % der (nach Abzug der für den Beteiligungszeitraum aufsummierten Mindestrendite verbleibenden) Wertsteigerung der Anteile überträgt. Die Gewinnbeteiligung wird also im Fall

des Börsengangs nicht in Geld, sondern in Aktien geleistet. Dabei wird als Wert einer Aktie wiederum der Emissionspreis bzw. hilfsweise die Erstnotiz zugrunde gelegt. Nach Vollzug der Gewinnbeteiligung, d.h. nach Übertragung dieser Aktien, fällt auf die restlichen Aktien aus der Target-Beteiligung bei einer Veräußerung keine weitere Gewinnbeteiligung mehr an.

- (c) Im Vorfeld bzw. unabhängig von einem Börsengang gilt: In jedem Fall der (Teil-)Veräußerung von Anteilen aus der Target-Beteiligung fällt die Gewinnbeteiligung in Bezug auf die von der Gesellschaft jeweils veräußerten Anteile an. Die Wertsteigerung wird in diesem Fall berechnet als Veräußerungserlös vor Steuern (unter Berücksichtigung einer etwaigen Liquidationspräferenz bzw. eines Veräußerungserlösvorzugs der Gesellschaft) abzüglich des gesamten Erwerbspreises der jeweils veräußerten Anteile. Die Gesellschaft überweist der Gewinnbeteiligungsberechtigten nach vollzogener (Teil-)Veräußerung einen Betrag in Höhe von 10 % der (nach Abzug der für den Beteiligungszeitraum aufsummierten Mindestrendite verbleibenden) Wertsteigerung der veräußerten Anteile auf ein von der Gewinnbeteiligungsberechtigten zu benennendes Konto.

- 2.5.4 Die Carry-Vergütung ist jeweils gemeinsam mit der Zahlung der Variablen Ausschüttung (Ziffer 2.1.2) fällig.

3. MITTELVERWENDUNG; LIQUIDITÄTSRESERVE UND ZAHLUNGSREIHENFOLGE; ZAHLUNGSVORBEHALT UND NACHRANG; VERLUSTBETEILIGUNG

3.1 Mittelverwendung; Bildung einer Liquiditätsreserve und Zahlungsreihenfolge

- 3.1.1 Die Gesellschaft wird das eingezahlte Genussscheinkapital bis auf i) eine Liquiditätsreserve in Höhe von 5 % des eingezahlten Genussscheinkapitals („**Liquiditätsreserve**“), die zur Deckung unvorhergesehener Kosten dauerhaft in der Gesellschaft verbleibt und ii) eine Strukturierungsvergütung in Höhe von 5% des eingezahlten Genussscheinkapitals („**Strukturierungsvergütung**“), die einmalig bei Abschluss der Emission an den Plattformbetreiber für die Strukturierung der Emission gezahlt wird, für den Erwerb der Target-Beteiligung verwenden. Sie wird mit dem Genussscheinkapital insbesondere ihrer Einzahlungsverpflichtung im Zuge der vom Target durchzuführenden Kapitalerhöhung sowie ihrer Verpflichtung zur Leistung von Beträgen in die Rücklagen des Targets nachkommen. Etwaige Spitzenbeträge, die die Gesellschaft aufgrund des Erfordernisses, eine ganzzahlige Anzahl von Geschäftsanteilen des Targets zu erwerben, nicht auf diese Weise investieren kann, verbleiben als zusätzliche Liquiditätsreserve in der Gesellschaft.
- 3.1.2 Die Gesellschaft ist berechtigt, ab Begebung der Genussscheine an jedem Ausschüttungstag bis zum letzten Ausschüttungstag vor dem Endfälligkeitstag erhaltene Erträge aus dem Target für bis zum nächsten Ausschüttungstag zu erwartende Kosten bilanzwirksam einzubehalten. Diese Beträge erhöhen ebenfalls die Liquiditätsreserve.
- 3.1.3 Die Gesellschaft und das Target werden einen Teilbetrag des von der Gesellschaft zu leistenden Einzahlungsbetrags für die Deckung der Emissions- und Transaktionskosten verwenden, die für die Bereitstellung der Emissionsstruktur und die Durchführung der Emission anfallen. Insoweit erfolgen Zahlungen der Gesellschaft nicht an das Target, sondern unmittelbar an die eingebundenen Dienstleister, wie etwa Vermittler (Vermittlungsprovision in der gegenüber den Investoren offengelegten, üblichen Höhe) und IT-Dienstleister (IT-Dienstleistungsgebühr für die technische Abwicklung der Finanzierungsrunde in der gegenüber den Investoren offengelegten, üblichen Höhe).

3.1.4 Die Gesellschaft wird Guthaben am jeweiligen Ausschüttungstag sowie am Endfälligkeitstag für die folgenden Zwecke und in der folgenden Reihenfolge („**Zahlungsreihenfolge**“) verwenden, soweit der jeweilige Betrag fällig und zahlbar ist:

- (a) Zahlung der bestehenden Steuerverbindlichkeiten der Gesellschaft bzw. weiterer gesetzlicher Verbindlichkeiten der Gesellschaft;
- (b) Erfüllung sonstiger Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber anderen Gläubigern als den Genussscheininhabern, soweit die Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit den Transaktionsverträgen stehen und für deren Durchführung, für die Aufrechterhaltung der Emissionsstruktur und/oder für die Wahrung der Investoreninteressen erforderlich sind, wie insbesondere Kosten für Zahlstelle, Steuerberater und sonstige Berater, einschließlich soweit erforderlich Rechtsberatungskosten;
- (c) Bildung und gegebenenfalls Auffüllung der Liquiditätsreserve gemäß Ziffer 3.1;
- (d) Zahlung der Gewinnbeteiligung an die Gewinnbeteiligungsberechtigte im Sinne von Ziffer 2.5.1;
- (e) Zahlung der Variablen Ausschüttung gemäß Ziffer 2.1; und
- (f) Zahlung des Rückzahlungsbetrags der Genussscheine sowie etwaiger sonstiger Ansprüche aus und im Zusammenhang mit den Genussscheinen.

3.2 **Zahlungsvorbehalt und Nachrang**

Zahlungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich in Abhängigkeit von verfügbaren Mitteln. Nur soweit nach Erfüllung der Verpflichtungen einer Stufe der Zahlungsreihenfolge im Sinne von Ziffer 3.1.4 noch liquide Mittel vorhanden sind, erfolgt eine Zahlung auf die nachrangig geregelten Verbindlichkeiten. Innerhalb einer Stufe aufgeführte Verbindlichkeiten sind untereinander gleichrangig; ihre Erfüllung erfolgt gegebenenfalls anteilig.

Die Ausschüttungen auf die Genussscheine sind dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf und sie müssen aus Eigenkapitalbestandteilen geleistet werden können, die nicht besonders gegen Ausschüttungen geschützt sind.

Jegliche Ansprüche aus den Genussscheinen dürfen in der Insolvenz sowie in der Liquidation der Gesellschaft erst nach sämtlichen in § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 Insolvenzordnung bezeichneten Ansprüchen und Forderungen aller bestehenden und zukünftigen Gläubiger der Gesellschaft befriedigt werden.

3.3 **Verlustbeteiligung**

Weist die Gesellschaft in einem oder mehreren Jahresabschlüssen einen Bilanzverlust aus oder wird ihr Stammkapital zur Deckung von Verlusten herabgesetzt, so vermindert sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers unmittelbar anteilig und zwar insgesamt in dem Umfang, in dem diese Verluste nicht von Eigenkapitalbestandteilen getragen werden können, die gegen Ausschüttungen nicht besonders geschützt sind. Bilanzverluste werden mit dem bilanziellen Eigenkapital, das gegen Ausschüttungen besonders geschützt ist, erst verrechnet, wenn das gesamte Genussscheinkapital durch Verlustverrechnung vollständig aufgezehrt ist.

Eine über den Verlust des Genussscheinkapitals hinausgehende Haftung, insbesondere eine Nachschusspflicht, besteht nicht.

Bei einer Kapitalherabsetzung vermindert sich der Rückzahlungsanspruch in demselben Verhältnis, in dem das neue Stammkapital zum alten Stammkapital der Gesellschaft steht. Verlustvorträge aus Vorjahren bleiben hierbei außer Betracht.

Werden nach einer Teilnahme der Genussscheininhaber am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind aus diesen die Rückzahlungsansprüche bis zum Nennbetrag der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine anderweitige Gewinnverwendung vorgenommen wird.

3.4 Ausschüttung der Liquiditätsreserve

Soweit am Endfälligkeitstag bei der Gesellschaft eine Liquiditätsreserve vorhanden ist, wird die Gesellschaft vorbehaltlich der vorstehenden Regelungen den auf den einzelnen Genussscheininhaber entfallenden Betrag der Liquiditätsreserve an die Genussscheininhaber ausschütten.

4. LAUFZEIT; ENDFÄLLIGKEIT UND TILGUNG; VORZEITIGE TILGUNG

4.1 Laufzeit

4.1.1 Die Genussscheine werden auf unbestimmte Dauer begründet. Die Genussscheininhaber sind berechtigt, die Genussscheine mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres zu kündigen (ordentliche Kündigung). Eine ordentliche Kündigung kann jedoch frühestens zum Ende des Geschäftsjahres 2034 ausgesprochen werden (feste Laufzeit). Jegliche Kündigung (ordentlich zum Ende der festen Laufzeit und außerordentlich bei Vorliegen eines wichtigen Grundes) seitens der Genussscheininhaber setzt außerdem voraus, dass die in Ziffer 4.1.3 genannten Voraussetzungen gewahrt sind.

4.1.2 Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt (außerordentliche Kündigung). Als zur außerordentlichen Kündigung berechtigender wichtiger Grund gilt es auch, wenn sämtliche Geschäftsanteile, die die Gesellschaft am Target hält, an einen oder mehrere Erwerber veräußert worden sind. Die außerordentliche Kündigung ist in diesem Fall nicht fristgebunden und kann jederzeit durch die Gesellschaft oder die Genussscheininhaber (gemäß nachstehendem Absatz) erklärt werden.

4.1.3 Jegliche Kündigung seitens der Genussscheininhaber (ordentlich sowie außerordentlich bei Vorliegen eines wichtigen Grundes) erfordert zu ihrer Wirksamkeit, dass sie von Genussscheininhabern einheitlich erklärt wird, die mindestens 25 % des ausstehenden Genussscheinkapitals auf sich vereinigen („**erforderliches Mindestquorum**“). Die Kündigung ist schriftlich gegenüber der Gesellschaft zu erklären, wobei der Genussscheininhaber zum Nachweis seiner Legitimation einen aktuellen Depotauszug vorlegen muss.

4.1.4 Die gekündigten Genussscheine besitzen bis zum Wirksamwerden der Kündigung ihre vollen Rechte.

4.2 Endfälligkeit

4.2.1 Der Endfälligkeitstag der Genussscheine ist der Tag, an dem eine Kündigungserklärung gemäß Ziffer 4.1 oder Ziffer 5.1 wirksam wird („**Endfälligkeitstag**“).

4.2.2 Bei Endfälligkeit werden die Genussscheine zu ihrem am Endfälligkeitstag ausstehenden Nennbetrag (i) zuzüglich aufgelaufener Variabler Ausschüttungen, (ii) zuzüglich von Beträgen gemäß Ziffer 3.4 sowie (iii) zuzüglich von Beträgen, die die Gesellschaft bis zum Endfälligkeitstag vom Target als außerordentliche Ausschüttungen erhalten hat, und (iv) abzüglich einer etwaigen Verlustbeteiligung sowie zuzüglich einer etwaigen Wiederauffüllung

jeweils im Sinne von Ziffer 3.3 zurückgezahlt, sofern die Genussscheine nicht vorzeitig getilgt oder zurückgekauft worden sind (der „**Rückzahlungsbetrag**“).

- 4.2.3 Der Rückzahlungsbetrag wird grundsätzlich spätestens sechs Kalendermonate nach dem Endfälligkeitstag (der „**Rückzahlungstag**“) zur Zahlung fällig; falls und soweit aber die Gesellschaft zur Zahlung des Rückzahlungsbetrags auf Zahlungseingänge angewiesen ist und diese zu diesem Zeitpunkt noch nicht erhalten hat, ist der Rückzahlungsbetrag einen Monat fällig, nachdem die Gesellschaft einen entsprechenden Zahlungseingang erhalten hat. Es wird klargestellt, dass die Genussscheininhaber an etwaigen Gewinnen und Verlusten beteiligt sind, die nach Erklärung der Kündigung auf Basis einer Abschreibung oder einer Veräußerung oder einer sonstigen Wertberichtigung der Target-Beteiligung oder weiterer Kapitalzuflüsse anfallen.

4.3 **Vorzeitige Tilgung**

Erhält die Gesellschaft aus ihrer Beteiligung an dem Target vor dem Endfälligkeitstag Rückzahlungen auf ihr eingelegtes Beteiligungskapital, wird die Gesellschaft den Betrag des zurückgezählten Kapitals an die Genussscheininhaber als Tilgung auf die Genussscheine zahlen, wobei alle ausstehenden Genussscheine gleichmäßig bedient werden (die „**Vorzeitige Tilgung**“). Die Gesellschaft hat die Vorzeitige Tilgung innerhalb eines Monats zu leisten, nachdem die Gesellschaft die entsprechende Rückzahlung erhalten hat.

5. **AUSSERORDENTLICHES KÜNDIGUNGSRECHT DER GENUSSSCHEININHABER**

5.1 **Kündigung der Genussscheine**

Die Genussscheininhaber sind berechtigt, die Genussscheine unter den in Ziffer 4.1.3 genannten Voraussetzungen zu kündigen und den ausstehenden Rückzahlungsbetrag zur Rückzahlung fällig zu stellen, falls

- (a) die Gesellschaft Kapital oder beanspruchbare Ausschüttungen, letztere vorbehaltlich der Regelung gemäß Ziffer 3.1, nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem betreffenden Fälligkeitstag zahlt;
- (b) die Gesellschaft schriftlich erklärt, dass sie ihre Schulden bei Fälligkeit nicht zahlen kann (Zahlungseinstellung);
- (c) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet wird oder die Gesellschaft ein solches Verfahren einleitet oder beantragt oder eine allgemeine Schuldenregelung zu Gunsten ihrer Genussscheininhaber anbietet oder trifft oder ein Dritter ein Insolvenzverfahren gegen die Gesellschaft beantragt und ein solches Verfahren nicht innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen aufgehoben oder ausgesetzt worden ist, es sei denn es wird mangels Masse abgewiesen oder eingestellt; oder
- (d) die Gesellschaft in Liquidation tritt.

5.2 **Erlöschen des Kündigungsrechts**

Das Kündigungsrecht der Genussscheininhaber erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Kündigungsrechts geheilt wurde.

6. KÜNDIGUNGSRECHT DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft ist berechtigt, die Genussscheine durch Mitteilung gemäß Ziffer 13 dieser Genussscheinbedingungen außerordentlich zu kündigen, soweit die Erfüllung der Verpflichtungen der Gesellschaft aus den Genussscheinen nach den anwendbaren gegenwärtigen oder künftigen Rechtsbestimmungen, Regeln, Urteilen, Anordnungen oder Richtlinien einer Verwaltungsbehörde, eines Gesetzgebers oder eines Gerichts, oder einer Änderung der Auslegung derselben, vollständig oder teilweise ungesetzlich, rechtswidrig oder aus sonstigen Gründen untersagt wird.

7. KEIN RÜCKGABERECHT DER GENUSSSCHEININHABER

Neben dem ordentlichen Kündigungsrecht gemäß Ziffer 4.1 und dem außerordentlichen Kündigungsrecht gemäß Ziffer 5.1 steht den Genussscheininhabern kein Rückgaberecht der gehaltenen Genussscheine an die Gesellschaft zu.

8. ZAHLUNGEN

8.1 Die Zahlung von Kapital und Ausschüttungen auf die Genussscheine werden an dem entsprechenden Ausschüttungs- beziehungsweise Endfälligkeitstag, an dem diese Zahlungen gemäß den Bestimmungen dieser Genussscheinbedingungen fällig werden, von der Gesellschaft geleistet.

8.2 Sämtliche Zahlungen gemäß diesen Genussscheinbedingungen erfolgen in Übereinstimmung mit der Zahlungsreihenfolge gemäß Ziffer 3 und vorbehaltlich der dort geregelten Voraussetzungen.

9. AUFRECHNUNGSVERBOT

Die Gesellschaft sowie die Genussscheininhaber verzichten hiermit auf jegliche Aufrechnungsrechte gegen beziehungsweise aus Ansprüche(n) aus den Genussscheinen.

10. BESCHRÄNKTER RÜCKGRIFF UND VERZICHT

10.1 Beschränkung der Haftung auf Vermögenswerte der Gesellschaft

10.1.1 Ansprüche der Genussscheininhaber aus den Genussscheinen sind auf die Vermögenswerte der Gesellschaft und die Erträge dieser Vermögenswerte bzw. die Erlöse aus der Verwertung dieser Vermögenswerte (die „Erlöse“) beschränkt.

10.1.2 Über die Verteilung der Erträge und der Erlöse hinaus ist die Gesellschaft zu keinen weiteren Zahlungen an die Genussscheininhaber verpflichtet.

10.2 Keine Haftung für weitere Fehlbeträge

Falls die Erträge der Vermögenswerte der Gesellschaft und die Erlöse zur endgültigen vollständigen Befriedigung der Ansprüche der Genussscheininhaber aus den Genussscheinen nicht ausreichen, haftet die Gesellschaft nicht für weitere Fehlbeträge gegenüber den Genussscheininhabern. Die Genussscheininhaber können keine weiteren Ansprüche aus anderen Rechten aus und im Zusammenhang mit den Genussscheinen gegen die Gesellschaft geltend machen.

11. WÄHRUNG; DURCHFÜHRUNG VON ZAHLUNGEN; ZAHLSTELLE

11.1 Währung

Sämtliche Zahlungen auf die Genussscheine werden in EUR geleistet.

11.2 Durchführung von Zahlungen

Die Gesellschaft wird gemäß den Genussscheinbedingungen sämtliche Zahlungen auf die Genussscheine bei Fälligkeit in Euro, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften, über die Zahlstelle an das Clearingsystem zur Weiterleitung an die jeweiligen Genussscheininhaber zahlen. Diese Zahlungen haben für die Gesellschaft in ihrer jeweiligen Höhe befreiende Wirkung von den entsprechenden Verbindlichkeiten gegenüber den jeweiligen Genussscheininhabern.

11.3 Zahlstelle

Auszahlungen und Hinterlegungen im Zusammenhang mit den Genussscheinen erfolgen über das folgende Institut („**Zahlstelle**“):

Bankhaus Gebr. Martin AG
Schlossplatz 7
D-73033 Göppingen

Telefon: +49-7161-6714-0
Telefax: +49-7161-979710
E-Mail: info@martinbank.de

Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Zahlstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere oder zusätzliche Zahlstelle(n) zu bestellen. Die Gesellschaft wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird mit Veröffentlichung im Bundesanzeiger wirksam.

Die Zahlstelle handelt ausschließlich als Erfüllungsgehilfe der Gesellschaft und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Genussscheininhabern. Es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Genussscheininhabern begründet. Insbesondere ist die Zahlstelle nicht in das Verfahren zur Fassung von Genussscheininhaberbeschlüssen nach Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 eingebunden, prüft keine Abstimmungsergebnisse, nimmt keine Berechnung von Auszahlungsbeträgen vor und übernimmt auch insoweit keine Verpflichtungen gegenüber den Genussscheininhabern.

11.4 Fälligkeitstag/Bankarbeitstag

Ist ein Fälligkeitstag für Zahlungen von Kapital auf die Genussscheine und/oder ein Ausschüttungstag kein Bankarbeitstag, so wird die betreffende Zahlung erst am nächstfolgenden Bankarbeitstag geleistet, ohne dass wegen dieser Zahlungsverzögerung Zinsen fällig werden. „**Bankarbeitstag**“ bezeichnet dabei jeden Tag (mit Ausnahme von Samstag und Sonntag), an dem die Kreditinstitute in Frankfurt am Main für den Publikumsverkehr geöffnet sind und der auch ein TARGET2-Tag ist. TARGET2-Tag ist ein Tag, an dem Zahlungen in Euro über TARGET2 (Abkürzung für Transeuropean Automated Realtime Gross Settlement Express Transfers System 2) abgewickelt werden.

12. STEUERN

Alle Zahlungen in Bezug auf die Genussscheine erfolgen ohne Einbehalt oder Abzug für oder wegen gegenwärtiger oder zukünftiger Steuern, Abgaben oder behördlicher Gebühren gleich welcher Art, es sei denn, die Gesellschaft ist kraft Gesetzes verpflichtet, solche

gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben oder behördlichen Gebühren gleich welcher Art von den Zahlungen in Bezug auf die Genussscheine abzuziehen oder einzubehalten. In diesem Fall leistet die Gesellschaft die entsprechenden Zahlungen nach einem solchen Einbehalt oder Abzug und zahlt die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs an die Genussscheininhaber irgendwelche zusätzlichen Beträge zu zahlen.

13. MITTEILUNGEN

13.1 Mitteilungen an Inhaber der Genussscheine

Mitteilungen an die Genussscheininhaber erfolgen in deutscher oder englischer Sprache im Ermessen der Gesellschaft durch eingeschriebenen Brief oder als E-Mail an die E-Mail Adresse des Genussscheininhabers oder durch elektronische Nachricht in das Postfach des Accounts des Genussscheininhabers auf der Plattform sowie außerdem als Mitteilung auf der Webseite der Gesellschaft oder im Bundesanzeiger. Im Fall einer Mitteilung auf der Webseite der Gesellschaft oder im Bundesanzeiger gilt jede Mitteilung am dritten Tag nach dem Tag der Veröffentlichung als wirksam erfolgt.

13.2 Mitteilungen gegenüber der Gesellschaft

Mitteilungen der Inhaber der Genussscheine gegenüber der Gesellschaft haben an folgende Anschrift zu erfolgen: Companisto Trust Service II GmbH, Köpenicker Straße 154, 10997 Berlin.

14. VERSCHIEDENES

14.1 Erfüllungsort

Erfüllungsort für die Verpflichtungen aus den Genussscheinen ist Frankfurt am Main, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen.

14.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Genussscheine sowie sämtliche sich aus den Genussscheinen und diesen Genussscheinbedingungen ergebenden Rechte und Pflichten der Genussscheininhaber und der Gesellschaft bestimmen sich in jeder Hinsicht nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

14.3 Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus den in diesen Genussscheinbedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergebenden Rechtsstreitigkeiten mit der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

14.4 **Teilunwirksamkeit**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Genussscheinbedingungen insgesamt oder teilweise unwirksam sein oder unwirksam werden oder eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten, so wird hierdurch der übrige Inhalt dieser Genussscheinbedingungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausführung der Regelungslücke soll, soweit rechtlich möglich, eine dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung bzw. dem Sinn dieser Bedingungen entsprechende Regelung erfolgen.

* * *

Gesellschaftsvertrag
der
Lyke GmbH ("Gesellschaft")

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1
Firma und Sitz

- (1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma

lyke GmbH

- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Hannover.

§ 2
Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erstellung von Projektmanagement-Software, Dienstleistungen im Bereich Marketing und das Halten von Beteiligungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben und Maßnahmen vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens gemäß Absatz (1) zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, soweit diese nicht einer staatlichen Genehmigung bedürfen. Insbesondere kann die Gesellschaft auch Schutzrechte, Lizenzen und Konzessionen erwerben, veräußern, auslizenzieren oder übertragen.
- (3) Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder sich an ihnen zu beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstand sich ganz oder teilweise auf den Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft gemäß Absatz (1) oder Absatz (2) erstreckt sowie die Beteiligungen in eigenem Namen und auf eigene Rechnung und nicht im Namen Dritter zu verwalten und zu veräußern sowie Dienstleistungen im Zusammenhang hiermit zu erbringen, soweit hierfür keine behördliche Genehmigung erforderlich ist. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen im In- und Ausland errichten und schließen.

B. Stammkapital, Geschäftsanteile, Dauer der Gesellschaft

§ 3
Stammkapital und Geschäftsanteile

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR [Stammkapital] (in Worten: []).
- (2) Das Stammkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in [Anzahl] Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis [Lfd. Ende] im Nennbetrag von jeweils EUR 1.
- (3) Das Stammkapital der Gesellschaft ist vollständig erbracht.
- (4) Den Gesellschaftern steht bei Kapitalerhöhungen ein gesetzliches Bezugsrecht zu.

§ 4

Dauer der Gesellschaft und Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft ist für unbestimmte Zeit errichtet.
- (2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr; es beginnt mit dem Tag der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister und endet mit dem darauffolgenden 31. Dezember.

C. Geschäftsführung

§ 5

Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Die Bestimmung der Anzahl der Geschäftsführer sowie deren Bestellung und Abberufung und der Abschluss, die Änderung und die Beendigung der Anstellungsverträge erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.
- (3) Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, mit diesem Gesellschaftsvertrag, mit den Beschlüssen der Gesellschafter sowie gegebenenfalls mit einer von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu führen.
- (4) Die Geschäftsführer bedürfen für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, sowie für Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festlegt, der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.
- (5) Die Geschäftsführer sind verpflichtet, unverzüglich nach Wirksamwerden jeder Veränderung in den Personen der Gesellschafter oder des Umfangs ihrer Beteiligung eine von ihnen unterschriebene aktuelle Gesellschafterliste zum Handelsregister einzureichen, es sei denn ein Notar hat an den Veränderungen mitgewirkt.
- (6) Die vorstehenden Absätze (1) bis (5) gelten für Liquidatoren entsprechend.

§ 6

Vertretung der Gesellschaft

- (1) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern allgemein oder im Einzelfall Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Alle oder einzelne Geschäftsführer können durch Beschluss der Gesellschafterversammlung allgemein oder im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (3) Die vorstehenden Absätze (1) und (2) gelten für Liquidatoren entsprechend.

D. Gesellschafterversammlungen und Gesellschafterbeschlüsse

§ 7

Gesellschafterversammlung

- (1) Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführer einberufen; es genügt die Einberufung durch einen Geschäftsführer. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, auf Verlangen von Gesellschaftern, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des stimmberechtigten Kapitals entsprechen, unverzüglich eine Gesellschafterversammlung einzuberufen.
- (2) Die Einberufung erfolgt schriftlich an jeden Gesellschafter unter Angabe von Ort, Tag, Zeit, Tagesordnung und, soweit eine Beschlussfassung erfolgen soll, unter Beifügung einer Beschlussvorlage mit einer Frist von mindestens zwei Wochen. Für die Fristberechnung werden der Tag der Absendung und der Tag der Gesellschafterversammlung nicht mitgezählt.
- (3) Alle Gesellschafter sind verpflichtet, der Gesellschaft eine ladungsfähige Anschrift im Inland und etwaige Änderungen stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Ladung eines Gesellschafters ist ordnungsgemäß, wenn sie an die der Gesellschaft zuletzt mitgeteilte Anschrift gerichtet worden ist.
- (4) Die Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt. Mit Zustimmung aller Gesellschafter kann die Gesellschafterversammlung auch an jedem anderen Ort in der Bundesrepublik Deutschland oder an einem Ort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stattfinden.
- (5) Ein Gesellschafter kann in der Gesellschafterversammlung nur durch einen anderen Gesellschafter, einen Poolführer gemäß einer Stimmbindungs- und Poolvereinbarung oder durch einen beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten vertreten werden, der Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer, Rechtsanwalt oder Steuerberater sein muss. Der Vertreter hat zu Beginn der Gesellschafterversammlung eine schriftliche Vollmacht vorzulegen (Scan ausreichend). Jeder Gesellschafter ist berechtigt, in der Gesellschafterversammlung zu seiner Beratung einen beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten hinzuzuziehen.
- (6) Die Gesellschafterversammlung wählt vor Eintritt in die Tagesordnung unter Leitung des an Lebensjahren ältesten anwesenden Gesellschafters mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen einen Versammlungsleiter. Erhält niemand die erforderliche Mehrheit, wird die Gesellschafterversammlung von dem anwesenden Gesellschafter mit der höchsten Beteiligung, bei Beteiligungsgleichheit von dem an Lebensjahren ältesten anwesenden Gesellschafter geleitet.
- (7) Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung keine notarielle Niederschrift aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung zu Beweis Zwecken ein Protokoll anzufertigen, in welchem insbesondere Ort und Tag der Versammlung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, die Feststellung des Versammlungsleiters über die Förmlichkeiten der Einberufung und die Beschlussfähigkeit, alle Anträge, Ergebnisse der Abstimmungen sowie die gefassten Gesellschafterbeschlüsse anzugeben sind. Das Protokoll ist vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen. Jedem Gesellschafter ist innerhalb von einer Woche nach der Gesellschafterversammlung eine Abschrift des Protokolls zuzustellen.
- (8) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter ordnungsgemäß geladen sind und mindestens 50 % des stimmberechtigten Kapitals anwesend oder ordnungsgemäß vertreten ist. Ist eine Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, ist unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung in Übereinstimmung mit Absatz (2) einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf das in Satz 1 bestimmte Quorum beschlussfähig, wenn hierauf in der Einberufung hingewiesen worden ist.

§ 8

Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Gesellschafterbeschlüsse werden in Gesellschafterversammlungen mit einer Mehrheit von 50 % der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder dieser Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorsehen. Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.
- (2) Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt in der Gesellschafterversammlung eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann sein Stimmrecht nur einheitlich ausüben.
- (3) Folgende Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich eine größere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist:
Strukturmaßnahmen und Grundlagengeschäfte, insbesondere
 - a) Kapitalmaßnahmen;
 - b) Mezzanine Finanzierungsverträge und Einräumung von Gewinnrechten;
 - c) Änderungen des Unternehmensgegenstandes der Gesellschaft, Änderung der Tätigkeitsbereiche des von der Gesellschaft betriebenen Unternehmens sowie die Beendigung bestehender sowie Aufnahme neuer Geschäftszweige;
 - d) Umwandlungen im Sinne von § 1 UmwG sowie wirtschaftlich äquivalente Maßnahmen;
 - e) Zustimmung zu Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 ff. AktG sowie wirtschaftlich äquivalente Maßnahmen;
 - f) Sonstige Satzungsänderungen;
 - g) Ausschluss des Bezugsrechts bei Kapitalerhöhungen; insoweit bedarf es zusätzlich einer Mehrheit von 75 % des Stammkapitals;
 - h) Einziehung von Anteilen;
 - i) Außerplanmäßige Rückzahlung von Eigenkapital oder Gesellschafterdarlehen;
 - j) Auflösung der Gesellschaft;
 - k) Erwerb bzw. Errichtung, Schließung und Veräußerung von Betrieben, Teilbetrieben, Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften und Beteiligungen;
 - l) Unmittelbare oder mittelbare Veräußerung oder Verpachtung des Gesellschaftsvermögens als Ganzes oder zu einem wesentlichen Teil (mindestens 50% des Vermögens einschließlich stiller Reserven);
 - m) Bestimmung der Anzahl der Geschäftsführer sowie deren Bestellung und Abberufung und der Abschluss, die Änderung und die Beendigung der Anstellungsverträge.
- (4) Folgende Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von 50 % der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich eine größere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist:
Außerordentliche Geschäftsführungsmaßnahmen; insbesondere
 - a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundbesitz und grundstücksgleichen Rechten oder Rechten an Grundstücken;
 - b) Gewährung von Krediten, Bürgschaften, Garantien etc. außerhalb des ordentlichen Geschäftsgangs (ausgenommen an Tochtergesellschaften);
 - c) Abschluss und Änderungen von Geschäftsführer-Geschäftsordnungen.
- (5) Soweit dieser Gesellschaftsvertrag oder zwingende gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmen, ist ein Gesellschafter nur dann, aber auch immer dann, von der Stimmabgabe ausgeschlossen, wenn darüber Beschluss zu fassen ist:

- a) ob er zu entlasten oder von einer Verbindlichkeit zu befreien ist,
 - b) ob die Gesellschaft einen Anspruch gegen ihn geltend machen soll,
 - c) ob ein Rechtsgeschäft ihm gegenüber vorgenommen werden soll;
 - d) ob ein Rechtsstreit ihm gegenüber eingeleitet oder erledigt werden soll;
 - e) ob sein Geschäftsanteil eingezogen werden soll (§ 12 Absatz (4)) oder
 - f) ob – bei Vorliegen der Einziehungsvoraussetzungen – seine Geschäftsanteile vollständig oder teilweise abzutreten sind (§ 14 Absatz (1)).
- (6) Der Versammlungsleiter hat nach jeder Beschlussfassung das Ergebnis festzustellen, den Beschluss zu verkünden und dies im Versammlungsprotokoll festzuhalten.
 - (7) Beschlüsse der Gesellschaft werden, soweit nicht das Gesetz die Abhaltung einer Gesellschafterversammlung zwingend vorsieht, im schriftlichen Verfahren (Textform ausreichend) gefasst. Die Stimmabgabe hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Erhalt einer Beschlussvorlage (Textform ausreichend) zu erfolgen. Außerhalb einer Gesellschafterversammlung gefasste Beschlüsse sind in einem Protokoll schriftlich (Textform ausreichend) niederzulegen.
 - (8) Gesellschafterbeschlüsse können nur innerhalb eines Monats nach Zugang des Protokolls nach § 7 Absatz (7) bzw. § 8 Absatz (7) angefochten werden. Nach Ablauf dieser Frist gelten etwaige Beschlussmängel als geheilt.

E. Beirat

§ 9 Beirat

- (1) Die Gesellschafterversammlung kann mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen die Einsetzung eines Beirates beschließen.
- (2) Der Gesellschafterversammlung obliegen die Festlegung der Kompetenzen des Beirats, die Regelung seiner Tätigkeit und des Verfahrens seiner Beschlussfassung sowie die Festlegung der den Beiratsmitgliedern zu gewährenden Vergütung.
- (3) Die Mitglieder des Beirats werden von der Gesellschafterversammlung gewählt und abberufen. Die Amtszeit der Beiratsmitglieder beträgt höchstens 4 Jahre. Die Gesellschafterversammlung kann bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Der Beirat soll halbjährlich zu Sitzungen zusammenkommen. Beiratssitzungen werden von der Geschäftsführung einberufen.

F. Verfügungen über Geschäftsanteile

§ 10 Verfügung über Geschäftsanteile

Verfügungen über Geschäftsanteile bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Einwilligung der Gesellschaft. Die Einwilligung ist zu erteilen, wenn kein Vorerwerbsrecht nach schuldrechtlichen Vereinbarungen ausgeübt wird, die zwischen den Gesellschaftern, gegebenenfalls unter Beteiligung der Gesellschaft, bestehen und der Verfügung nicht wichtige, in der Person des Erwerbers liegende Gründe entgegenstehen. Verfügungen auf Grund von Mitveräußerungsrechten oder Mitveräußerungspflichten sowie aus sonstigen Veräußerungspflichten aus dieser Satzung oder aus schuldrechtlichen Vereinbarungen, die zwischen den Gesellschaftern, ge-

gebenenfalls unter Beteiligung der Gesellschaft, bestehen, bedürfen keiner Einwilligung der Gesellschaft.

§ 11 Erwerbs- und Vorkaufsrecht

[einstweilen frei]

G. Einziehung, Abfindung, Tod

§ 12 Einziehung von Geschäftsanteilen

- (1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit zulässig.
- (2) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist auch ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters zulässig, wenn
 - a) die Geschäftsanteile von einem Gläubiger des Gesellschafters gepfändet oder sonstwie in diese vollstreckt wird, und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten seit Beginn dieser Maßnahme, spätestens jedoch bis zur Verwertung der Geschäftsanteile, aufgehoben wird;
 - b) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren rechtskräftig eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides statt zu versichern hat;
 - c) in der Person des Gesellschafters ein wichtiger, seine Ausschließung rechtfertigender Grund analog §§ 140, 133 HGB vorliegt;
 - d) der Gesellschafter dauernd geschäftsunfähig wird;
 - e) der Gesellschafter gegen wesentliche Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder wesentliche Bestimmungen schuldrechtlicher Vereinbarungen, die zwischen Gesellschaftern, gegebenenfalls unter Beteiligung der Gesellschaft (z.B. Gesellschaftervereinbarungen, Beteiligungsvereinbarungen oder Stimmbindungs- und Poolvereinbarungen) bestehen, verstößt.
- (3) Steht ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist die Einziehung gemäß Absatz (2) auch zulässig, wenn die dort genannten Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
- (4) Die Einziehung ist binnen drei Monaten nach Kenntniserlangung der Gesellschaft von den die Einziehung begründenden Umständen durch die Geschäftsführer in vertretungsberechtigter Zahl zu erklären. Sie bedarf eines mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen zu fassenden Gesellschafterbeschlusses. Dem betroffenen Gesellschafter steht bei der Abstimmung kein Stimmrecht zu.
- (5) Die Einziehung wird wirksam mit der Bekanntgabe der Einziehung an den betroffenen Gesellschafter. Die Bekanntgabe erfolgt durch Zustellung einer Abschrift des Einziehungsbeschlusses. Zu dieser Zustellung ist jeder Geschäftsführer einzeln berechtigt. Die Bekanntgabe kann anstelle der Zustellung mündlich erfolgen, wenn der betroffene Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung, in der die Einziehung beschlossen wurde, anwesend oder vertreten war. Der Gesellschafter scheidet mit der Bekanntgabe der Einziehung mit sofortiger Wirkung aus der Gesellschaft aus, und zwar unabhängig davon, wann die Einziehungsvergütung gemäß § 13 gezahlt wird.

- (6) Eigene voll eingezahlte Geschäftsanteile der Gesellschaft können jederzeit durch Gesellschafterbeschluss eingezogen werden.

§ 13

Einziehungsvergütung (Abfindung)

- (1) In Fällen der Einziehung steht dem betroffenen Gesellschafter eine Abfindung zu, für die mangels abweichender Regelungen die nachfolgenden Bestimmungen gelten.
- (2) Die Abfindung ist eine Geldabfindung. Mit ihr werden der betroffene Geschäftsanteil sowie alle auf ihm beruhenden Ansprüche abgefunden, auch soweit sie mit stillen Reserven, einem Firmen- oder Geschäftswert, schwebenden Geschäften der Gesellschaft oder künftigen Ausschüttungen der Gesellschaft zusammenhängen.
- (3) Die Abfindung besteht in den Fällen gem. § 12 Absatz (2) lit. a, b, c und e in einem Gesamtbetrag in Höhe des Buchwerts (Stammkapital zuzüglich der offenen Rücklagen und eines etwaigen Bilanzgewinns bzw. abzüglich eines etwaigen Bilanzverlusts der Gesellschaft zum Stichtag), der dem Verhältnis des eingezogenen Geschäftsanteils zum Stammkapital entspricht. Stichtag ist der letzte Bilanzstichtag, der dem Einziehungsbeschluss vorausgeht. Stille Reserven oder ein Firmenwert werden nicht berücksichtigt.

Den Gesellschaftern ist bekannt, dass die nach § 13 Absatz (3) bestimmte Abfindung zu einer wesentlich geringeren Abfindung als bei Ansatz des Verkehrswerts des Vermögens der Gesellschaft führen kann. Sämtliche Gesellschafter halten gleichwohl an diesen Regelungen fest und verzichten vorsorglich gegenseitig bereits jetzt auf einen etwa darüber hinausgehenden Abfindungsanspruch.

Für den Fall, dass der vorgenannte Verzicht unwirksam sein sollte, und die hiernach an einen ausscheidenden Gesellschafter zu leistende Abfindung zu niedrig bemessen ist, ist die dem ausscheidenden Gesellschafter zu gewährende Abfindung so anzupassen, dass sie höchstens 50 % des tatsächlichen Verkehrswerts des eingezogenen Geschäftsanteils beträgt.

- (4) Führt die Ermittlung des Verkehrswertes des/der eingezogenen Geschäftsanteils/e zu einem Betrag, der niedriger ist als der nach gemäß vorstehendem Absatz ermittelte Abfindungsanspruch, so entspricht die Abfindung nur diesem niedrigeren Verkehrswert.
- (5) Die Abfindung besteht in den übrigen Fällen in einem Gesamtbetrag in Höhe des Markt- bzw. Verkehrswertes der eingezogenen Geschäftsanteile im Zeitpunkt des Ausscheidens. Der Verkehrswert ist als Ertragswert der Gesellschaft unter Zugrundelegung der von der Gesellschaft aus der Sicht desjenigen Zeitpunktes, zu dem der Verkehrswert ermittelt wird, nachhaltig erzielbaren Erträgen vor Zinsen und gewinnabhängigen Steuern zu ermitteln.
- (6) Können sich die Beteiligten nicht auf den Verkehrswert der eingezogenen Geschäftsanteile einigen, so ist dieser von einem von sämtlichen Beteiligten gemeinsam zu beauftragenden Wirtschaftsprüfer als Schiedsgutachter zu ermitteln, dessen Feststellungen für alle Beteiligten bindend sind.
- (7) Einigen sich die Beteiligten nicht innerhalb eines Monats ab dem Verlangen auch nur eines Beteiligten, die Ermittlung des Verkehrswertes durch einen Wirtschaftsprüfer durchführen zu lassen, auf die Person dieses Wirtschaftsprüfers, so ist dieser Wirtschaftsprüfer auf Antrag eines Beteiligten durch den Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammer in Hannover zu benennen.
- (8) Der Schiedsgutachter hat vor Bestimmung des Verkehrswertes den Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Ein Wirtschaftsprüfer, der als Prüfer für die Gesellschaft bestellt ist oder in einem Beratungsverhältnis zu ihr steht, darf nicht bestellt werden.
- (9) Der Schiedsgutachter entscheidet auch über die Kosten seiner Inanspruchnahme entsprechend den Bestimmungen der §§ 91 ff. ZPO.

- (10) Die Abfindung ist in 5 (fünf) gleichen Teilbeträgen zu entrichten. Der erste Teilbetrag ist 6 (sechs) Monate nach Erklärung der Einziehung durch die Geschäftsführung der Gesellschaft zahlbar. Die folgenden Teilbeträge sind jeweils 6 (sechs) Monate nach Fälligkeit des vorausgehenden Teilbetrages zur Zahlung fällig. Die Gesellschaft ist jederzeit berechtigt, Zahlungen vor Fälligkeit zu leisten. Der jeweils offen stehende Teil der Abfindung ist mit 2 Prozentpunkten über dem jeweiligen Leitzins der Europäischen Zentralbank p. a. zu verzinsen.
- (11) Soweit und solange Zahlungen gegen § 30 Abs. 1 GmbHG verstoßen würden, gelten Zahlungen auf den Hauptbetrag als zum vereinbarten Satz verzinslich gestundet, Zinszahlungen als unverzinslich gestundet.
- (12) Der ausscheidende Gesellschafter ist nicht berechtigt, von der Gesellschaft Sicherheitsleistungen für die jeweils ausstehenden Zahlungen einschließlich Zinsen zu verlangen.

§ 14

Abtretungsverlangen statt Einziehung

- (1) Soweit die Einziehung von Geschäftsanteilen nach den Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages zulässig ist, kann die Gesellschafterversammlung auch beschließen, dass der betroffene Gesellschafter seine Geschäftsanteile an die Gesellschaft, an die übrigen Gesellschafter entsprechend dem Verhältnis ihrer bisherigen Geschäftsanteile oder an einen oder mehrere zur Übernahme bereite Dritte abzutreten hat, und zwar auch dergestalt, dass die Geschäftsanteile teilweise eingezogen werden und im Übrigen an die Gesellschaft, an die übrigen Gesellschafter oder an den oder die von der Gesellschaft bezeichnete Dritte abzutreten sind. Der betroffene Gesellschafter hat bei der Abstimmung kein Stimmrecht.
- (2) Soweit die Gesellschaft statt der Einziehung der Geschäftsanteile deren Abtretung an sich oder eine von der Gesellschaft bezeichnete dritte Person verlangt, gelten die Regelungen des § 12 Absatz (4) und (5) sowie § 13 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Vergütung für die abzutretenden Geschäftsanteile von dem Erwerber der Geschäftsanteile geschuldet wird und die Gesellschaft für deren Zahlung wie ein Bürge haftet, der auf die Einrede der Vorklage verzichtet hat. § 30 Abs. 1 GmbHG bleibt unberührt.

§ 15

Tod eines Gesellschafters

- (1) Im Falle des Todes eines Gesellschafters gehen die betreffenden Geschäftsanteile auf seine Rechtsnachfolger über. Der oder die Rechtsnachfolger sind verpflichtet, den Erbfall der Gesellschaft unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
- (2) Führt der Eintritt des Erbfalls dazu, dass ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zusteht im Sinne des § 18 Abs. 1 GmbHG, sind diese verpflichtet, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft einen gemeinsamen Vertreter zur Ausübung ihrer Rechte aus dem Geschäftsanteil zu bestellen. Bis zur Stellung eines gemeinsamen Vertreters ruhen die Rechte aus dem Geschäftsanteil bis auf das Gewinnbezugsrecht.

H. Jahresabschluss und Gewinnverwendung

§ 16

Jahresabschluss und Gewinnverwendung

- (1) Der Jahresabschluss mit Anhang in der gesetzlich vorgeschriebenen Form nebst – soweit gesetzlich erforderlich dem Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr ist von

den Geschäftsführern innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen und – soweit eine Prüfung gesetzlich vorgeschrieben ist den Abschlussprüfern zur Prüfung vorzulegen.

- (2) Die Geschäftsführer haben allen Gesellschaftern den Jahresabschluss mit Anhang, einen etwaigen Lagebericht und einen etwaigen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Fertigstellung gemeinsam mit ihrem Vorschlag zur Gewinnverwendung vorzulegen (Textform ausreichend).
- (3) Die Gesellschafterversammlung beschließt innerhalb der gesetzlichen Frist über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Ergebnisses.

I. Schlussbestimmungen

§ 17

Bekanntmachungen der Gesellschaft

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger für die Bundesrepublik Deutschland.

§ 18

Sonstige Bestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich in diesem Gesellschaftsvertrag eine Lücke befinden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung ist eine solche wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung, insbesondere ihrer wirtschaftlichen Intention entspricht. Im Falle einer Lücke ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die nach dem Sinn und Zweck dieses Gesellschaftsvertrages vereinbart worden wäre, hätte man diesen Punkt von vornherein bedacht.
- (2) Vereinbarungen der Gesellschafter im Hinblick auf das Gesellschaftsverhältnis bedürfen der Schriftform, soweit nicht notarielle Form vorgeschrieben ist. Dies gilt auch für den Verzicht auf die Einhaltung dieser Formvorschrift.

§ 19

Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten bis zu einem Gesamtbetrag von EUR 300,00, höchstens jedoch bis zum Betrag ihres Stammkapitals. Darüber hinausgehende Kosten tragen die Gesellschafter.

Gesellschaftervereinbarung

zwischen

1. Philipp Lyding, Hannover, geboren am 08.05.1979
– nachfolgend "**Gründer 1**" –
2. Michael Kessler, Hannover, geboren am 08.08.1981
– nachfolgend "**Gründer 2**" –
– Gründer 1 und Gründer 2 nachfolgend zusammen „**Gründer**“ und jeweils einzeln ein „**Gründer**“ –
3. Pascal Ludynia, Hannover, geboren am 26.02.1987
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 1**" –
4. Florian Brede, Hannover, geboren am 07.12.1986
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 2**" –
5. CEGI Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht Hamburg unter HRB 120284
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 3**" –
6. Wolcott Ventures GmbH, Hamburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht Hamburg unter HRB 119888
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 4**" –
7. Warthog GmbH, Hamburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht Hamburg unter HRB []
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 5**" –
8. Stephan Silber, Hamburg, geboren am 11.03.1988
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 6**" –
9. Venonta GmbH, Hamburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgericht Hamburg unter HRB 157615
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 7**" –
10. Chrysos GmbH, München, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 207545
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 8**" –
11. Aelius Ventures GmbH, Berlin, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter HRB 172468
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 9**" –
12. Manoa Ventures GmbH, Schönefeld, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Cottbus unter HRB 11310
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 10**" –

13. Gufo Capital GmbH, Berlin, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter HRB 170193
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 11**" –
14. Soleria Capital GmbH, München, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 221883
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 12**" –
15. Detti Ventures GmbH, München, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 228147
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 13**" –
16. Thomas Küter, Hannover, geboren am 13.03.1982
– nachfolgend "**Alt-Gesellschafter 14**" –

– Alt-Gesellschafter 1 bis Alt-Gesellschafter 14 nachfolgend zusammen „**Alt-Gesellschafter**“
und jeweils einzeln ein „**Alt-Gesellschafter**“–
17. **A-Share-Gesellschafter 1**
18. **A-Share-Gesellschafter 2**
19. **A-Share-Gesellschafter 3**
20. **A-Share-Gesellschafter 4**
21. **A-Share-Gesellschafter 5**
22. **A-Share-Gesellschafter 6**
23. **A-Share-Gesellschafter 7**
24. **A-Share-Gesellschafter 8**
25. **A-Share-Gesellschafter 9**
26. **A-Share-Gesellschafter 10**
27. **A-Share-Gesellschafter 11**
28. **A-Share-Gesellschafter 12**
29. **A-Share-Gesellschafter 13**
30. **A-Share-Gesellschafter 14**
31. **A-Share-Gesellschafter 15**
32. **A-Share-Gesellschafter 16**
33. **A-Share-Gesellschafter 17**
34. **A-Share-Gesellschafter 18**
35. **A-Share-Gesellschafter 19**

36. **A-Share-Gesellschafter 20**

– A-Share-Gesellschafter 1 bis A-Share-Gesellschafter 20 nachfolgend jeweils zusammen die „**A-Share-Gesellschafter**“ und jeweils einzeln ein „**A-Share-Gesellschafter**“ –

37. **Lyke GmbH**, Hannover, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hannover unter HRB 208456

– nachfolgend „**Gesellschaft**“ –

und

38. **Special Purpose Vehicle**

– nachfolgend „**SPV**“ –

– SPV und A-Share-Gesellschafter nachfolgend zusammen die „**Neu-Gesellschafter**“ und jeweils einzeln ein „**Neu-Gesellschafter**“ –

– Gründer, Alt-Gesellschafter und Neu-Gesellschafter nachfolgend zusammen die „**Gesellschafter**“ und jeweils einzeln ein „**Gesellschafter**“ -

– Gesellschafter und Gesellschaft nachfolgend zusammen die „**Parteien**“ und jeweils einzeln eine „**Partei**“ –

1. Präambel

1.1 Die Gesellschaft sucht eine Wachstumsfinanzierung. Die Wachstumsfinanzierung soll im Wege der Übernahme von neuen Geschäftsanteilen an der Gesellschaft und von zusätzlichen Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft im Sinne von § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB erfolgen.

1.2 Die A-Share-Gesellschafter sind bereit, einen Betrag nach Maßgabe einer mit den Gründern und Alt-Gesellschaftern geschlossenen Beteiligungsvereinbarung zur Verfügung zu stellen („Finanzierungsphase I“).

1.3 Das übrige Kapital soll über die von der Companisto GmbH, Köpenicker Str. 154, 10997 Berlin („Plattformbetreiber“) betriebene Website www.companisto.com („Plattform“) eingeworben werden („Finanzierungsphase II“).

1.4 Die Companisto GmbH hat hierfür zusammen mit renommierten Business Angels ein Beteiligungs- und Syndizierungsmodell für Business Angels und andere professionell handelnde Investoren entwickelt.

1.5 Die Investoren aus der Finanzierungsphase II („B-Share-Investoren“) werden in dem SPV gepoolt. Nur das SPV wird Gesellschafter der Gesellschaft. Die B-Share-Investoren erhalten selbst keine direkte Beteiligung an der Gesellschaft, sondern beteiligen sich mit einem noch zu bestimmenden Wertpapier an dem SPV („B-Shares“). Das SPV ist noch nicht gegründet, sondern wird zur Durchführung der Finanzierungsphase II gegründet. Das SPV schließt mit den Gesellschaftern und der Gesellschaft eine gesonderte Beteiligungsvereinbarung.

1.6 Mit dieser Gesellschaftervereinbarung möchten die Parteien die Grundlagen der rechtlichen Beziehungen in der Gesellschaft untereinander regeln.

1.7 Das SPV tritt dieser Gesellschaftervereinbarung mit gesonderter Beitrittserklärung bei.

2. Laufzeit

- 2.1 Diese Gesellschaftervereinbarung tritt mit ihrer Beurkundung in Kraft. Sie hat eine Mindestlaufzeit von 15 (fünfzehn) Jahren, gerechnet ab dem Tag der Beurkundung dieser Vereinbarung.
- 2.2 Die Gesellschaftervereinbarung kann bis zum Ende ihrer Laufzeit nicht ordentlich gekündigt werden. Danach ist sie mit einer Frist von 3 (drei) Monaten zum Jahresende ordentlich in Schriftform kündbar. Das Recht der Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Mit der Kündigung scheidet die jeweilige Partei aus der Gesellschaftervereinbarung aus.
- 2.3 Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft, gleich aus welchem Rechtsgrund, aus, enden, soweit in dieser Gesellschaftervereinbarung nicht ausdrücklich anders geregelt, seine Rechte und Pflichten aus dieser Gesellschaftervereinbarung mit Wirksamwerden des Ausscheidens als Gesellschafter der Gesellschaft.
- 2.4 Die Pflichten des kündigenden Gesellschafters enden im Übertragungsfalle nicht, bevor der Rechtsnachfolger des ausscheidenden Gesellschafters an die Verpflichtungen der Vereinbarung gebunden wurde.
- 2.5 Die in Ziffer 0 enthaltene Vertraulichkeitsregelung gilt auf unbestimmte Zeit auch über das Ende der Laufzeit dieser Gesellschaftervereinbarung hinaus.
- 2.6 Die Regelungen dieses Vertrages gelten für das SPV dann nicht, wenn das SPV nicht Gesellschafter der Gesellschaft wird.

3. Beitritt zur Gesellschaftervereinbarung

- 3.1 Die Parteien verpflichten sich untereinander, ihren etwaigen Rechtsnachfolgern bzw. Erwerbern ihrer Geschäftsanteile sowie etwaigen neu eintretenden Gesellschaftern die sich aus dieser Gesellschaftervereinbarung ergebenden Pflichten in der Weise aufzuerlegen, dass diese Rechtsnachfolger bzw. Erwerber oder neu eintretenden Gesellschafter an die Verpflichtungen aus dieser Gesellschaftervereinbarung gebunden sind bzw. den Beitritt der Rechtsnachfolger bzw. Erwerber oder der neu eintretenden Gesellschafter zu dieser Gesellschaftervereinbarung zu veranlassen. Dies gilt auch für die in dieser Ziffer 3.1 übernommene Verpflichtung, die Verpflichtungen aus dieser Gesellschaftervereinbarung etwaigen Rechtsnachfolgern bzw. Erwerbern oder neu einzutretenden Gesellschaftern aufzuerlegen.
- 3.2 Die Parteien stimmen einer Aufnahme des jeweiligen Rechtsnachfolgers eines ausscheidenden Gesellschafters bzw. Erwerbers oder neu eintretenden Gesellschafters, der dieser Gesellschaftervereinbarung beitrifft, bereits hiermit zu.
- 3.3 Im Falle des Zuwiderhandelns gegen die Regelung in Ziffer 3.1 besteht nach Maßgabe der Satzung ein Einziehungsrecht der Gesellschaft hinsichtlich der Geschäftsanteile der zuwiderhandelnden Gesellschafter. Die allgemeinen Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche bleiben im Übrigen unberührt.
- 3.4 Die Vertragsübernahme nach Ziffer 3.1 ist den Parteien durch den jeweiligen Gesellschafter und den Rechtsnachfolger bzw. den Erwerber der Geschäftsanteile des ausscheidenden Gesellschafters unverzüglich nach Eintritt der Rechtsnachfolge bzw. des Erwerbs der Geschäftsanteile mindestens in Textform anzuzeigen. Dabei sind bei Privatpersonen der Name, die Anschrift, die E-Mail-Adresse und das Geburtsdatum des Rechtsnachfolgers bzw. neuen Gesellschafters anzugeben. Bei Unternehmen, Genossenschaften und Vereinen sind deren Firma bzw. Name, Sitz und (Geschäfts-) Adresse, das zuständige Registergericht, die Registernummer und die E-Mail-Adresse sowie die vertretungsberechtigten Personen (mit

Vor- und Nachname, Geburtstag, Wohnort und Art der Vertretungsberechtigung) anzugeben. Die Gesellschaft ist mit der Entgegennahme dieser Anzeige für sämtliche Gesellschafter beauftragt und bevollmächtigt.

4. Schutzrechte

- 4.1 Soweit die Gründer und Alt-Gesellschafter im Rahmen eines Anstellungs- und/oder Beratervertrages mit der Gesellschaft und/oder im Tätigkeitsbereich der Gesellschaft schutzfähige Erkenntnisse gewinnen oder Erfindungen tätigen oder gewonnen oder getätigt haben, ist ausschließlich die Gesellschaft berechtigt, daraus abzuleitende Schutzrechte im eigenen Namen und für eigene Rechnung anzumelden sowie deren Eintragung in einschlägigen Registern zu beantragen, sowie solche Erkenntnisse, Erfindungen oder Schutzrechte (insbesondere Patente) zu verwerten. Gleiches gilt für Erfindungen durch Mitarbeiter der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Arbeitnehmererfindungsgesetzes. Eine Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Erfindungen durch die Gesellschaft besteht nicht.
- 4.2 Soweit die Gründer und Alt-Gesellschafter bereits Inhaber eines Schutzrechts oder einer Schutzrechtsanmeldung (insbesondere eines Patents oder einer Patentanmeldung) sind, übertragen diese hiermit alle bestehenden Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen, deren Gegenstand im Rahmen eines Anstellungs- und/oder Beratervertrages mit der Gesellschaft entwickelt wurde und/oder in den Tätigkeitsbereich der Gesellschaft fällt, mit allen Rechten und Pflichten auf die Gesellschaft. Die Gründer und Alt-Gesellschafter verpflichten sich dabei, alle für die Umschreibung erforderlichen Unterlagen an die Gesellschaft zu übergeben und die erforderlichen Mitwirkungshandlungen auf Aufforderung der Gesellschaft unverzüglich vorzunehmen (insbesondere Abgabe von Zustimmungen zur Umschreibung im jeweiligen Schutzrechtsregister und Unterzeichnung von Umschreibungsanträgen). Die Kosten der jeweiligen Umschreibung trägt die Gesellschaft. Gleiches gilt für Schutzrechte und Schutzrechtsanmeldungen von Mitarbeitern. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, Schutzrechtsanmeldungen weiter zu betreiben.
- 4.3 Die Gründer und Alt-Gesellschafter sind verpflichtet, sämtliche Nutzungsrechte an im Tätigkeitsbereich der Gesellschaft bisher entwickelten oder zukünftig zu entwickelnden urheberrechtsschutzfähigen Werken unentgeltlich, zeitlich und räumlich unbeschränkt sowie ausschließlich (exklusiv) durch Abschluss von Übertragungsverträgen auf die Gesellschaft zu übertragen. Sofern die Gründer und Alt-Gesellschafter Urheber an Werken sind, räumen sie der Gesellschaft ein unentgeltliches, zeitlich und räumlich unbeschränktes ausschließliches Nutzungsrecht ein. Sofern es sich bei den Werken um Software handelt, sind insbesondere auch die ausschließlichen Nutzungsrechte an dem Sourcecode und der sämtlichen mit der Software in Zusammenhang stehenden Dokumentation jeweils für alle vorhandenen Versionsstände zu übertragen bzw. einzuräumen und die Sourcecodes nebst Dokumentationen unverzüglich in geeigneter Weise an die Gesellschaft zu übergeben und zu übereignen.
- 4.4 Die Einräumung und Übertragung der in dieser Ziffer 4 genannten Rechte und der Verzicht auf die in dieser Ziffer 4 genannten Rechte sind Teil der Beitragspflichten der Gründer und Alt-Gesellschafter als mittelbare bzw. unmittelbare Gesellschafter der Gesellschaft und durch diese Vereinbarung vollumfänglich abgegolten. Sofern die Einräumung und der Verzicht auf Rechte Dienstleistungen im Sinne des Arbeitnehmererfindungsgesetzes betreffen, bleiben dessen Regelungen unberührt.
- 4.5 Die Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes bleiben unberührt, wobei die Regelungen dieser Vereinbarung, soweit gesetzlich zulässig, den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes vorgehen.

5. Vorrang Gesellschaftervereinbarung / Satzungsänderungen

5.1 Die Parteien sind sich einig, dass die Bestimmungen dieser Gesellschaftervereinbarung den Regelungen der Satzung der Gesellschaft vorgehen. Im Falle von Widersprüchen ist die Satzung der Gesellschaft zu ändern.

5.2 Die Parteien verpflichten sich, die Satzung der Gesellschaft wie folgt zu ändern:

- (i) Umsetzung der Zustimmungserfordernisse gemäß Ziffer 8.2 und Ziffer 8.3;
- (ii) Umsetzung der Verfügungsbeschränkungen nach Ziffer 9;
- (iii) Implementierung einer angemessenen Einziehungsregelung, die die Einziehung von Geschäftsanteilen vorsieht, soweit der betroffene Gesellschafter gegen wesentliche Bestimmungen der Satzung, dieser Gesellschaftervereinbarung oder der jeweiligen Beteiligungsvereinbarung oder einer Stimmbindungs- und Poolvereinbarung verstößt;
- (iv) Gegenstände, die einer Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung nach Gesetz, Satzung oder dieser Gesellschaftervereinbarung unterliegen, sind mit einer Beschlussvorlage zu versehen;
- (v) Beschlussfassung grundsätzlich im schriftlichen Verfahren (Textform ausreichend), bei der die Stimmabgabe innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Beschlussvorlage zu erfolgen hat.

Die Satzung wird nach Vornahme der Änderungen die in der **Anlage I** beigefügte Fassung haben.

5.3 Gesetzlich zwingende Rechte und Pflichten der Gesellschafter aus ihren Geschäftsanteilen an der Gesellschaft bleiben von dieser Gesellschaftervereinbarung unberührt.

6. Reporting

6.1 Die Gesellschaft verpflichtet sich gegenüber den Gesellschaftern zur Durchführung des nachfolgenden Reportings:

6.2 Die Gesellschafter erhalten zu den auf der Plattform veröffentlichten Terminen

- eine Aufstellung zum Umsatz, Rohertrag und EBIT der Gesellschaft (jeweils Zahlen und mit Soll-/Ist-Vergleich in Bezug auf die aktuelle Jahres-Finanzplanung) für das jeweils letzte abgelaufene Quartal sowie Text-Ausführungen zur Liquiditätssituation der Gesellschaft (ohne Nennung von Zahlen) und Ausführungen zu aktuellen Erfolgen, aktuellen Herausforderungen, außerordentlichen Ereignissen und nächsten Schritten und zu den Bereichen „strategische Ausrichtung & Produkt“, „Marketing & Vertrieb“ und „Presse“ (jeweils ohne Zahlen) sowie „Personal“ (mit Angabe der aktuellen Mitarbeiterzahl)

und bis zum 31. Januar eines jeden Jahres

- eine aktualisierte Jahres-Finanzplanung auf Quartalsbasis für das laufende Kalenderjahr mit mindestens Planzahlen zu Umsatz, Rohertrag und EBIT der Gesellschaft

sowie bis zum 30. Juni eines jeden Jahres für das vorangegangene Geschäftsjahr

- den Jahresabschluss der Gesellschaft bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang und
- eine Mitteilung über den auf seine Geschäftsanteile entfallenden Gewinn.

6.3 Die zur Verfügung zu stellenden Unterlagen können dem Gesellschafter elektronisch auf der Plattform oder per E-Mail zur Verfügung gestellt werden.

6.4 Der Gesellschafter hat über alle auf der Plattform als vertraulich gekennzeichneten Angelegenheiten der Gesellschaft Stillschweigen zu bewahren. Das SPV leitet das Reporting

an die B-Share-Investoren weiter, welche sich wiederum verpflichtet haben, die Vertraulichkeit zu wahren.

7. Ausübung der Stimmrechte von Alt-Gesellschafter 1 und 2

- 7.1 Alt-Gesellschafter 1 bzw. Alt-Gesellschafter 2 wird sämtliche sich aus den von ihm jeweils gehaltenen Geschäftsanteilen ergebenden Rechte übereinstimmend mit Gründer 2 bzw. Gründer 1 ausüben. Er wird insbesondere in Gesellschafterversammlungen und bei der Fassung von Gesellschafterbeschlüssen außerhalb von Gesellschafterversammlungen seine Stimmrechte so wie Gründer 2 bzw. Gründer 1 ausüben; dies gilt auch im Fall von Grundlagenbeschlüssen (z.B. Zustimmung zu Kapitalerhöhungen und Satzungsänderungen) und Beschlüssen, die nach der Satzung einer qualifizierten Mehrheit bedürfen. Gründer 2 bzw. Gründer 1 ist berechtigt, Alt-Gesellschafter 1 bzw. Alt-Gesellschafter 2 in der Gesellschafterversammlung oder im Rahmen von Gesellschafterbeschlüssen der Gesellschaft zu vertreten und übt seine Stimmrechte entsprechend seinen eigenen aus. Alt-Gesellschafter 1 bzw. Alt-Gesellschafter 2 ist berechtigt, an Gesellschafterversammlungen teilzunehmen, wird aber bei der Stimmabgabe durch Gründer 2 bzw. Gründer 1 vertreten.
- 7.2 Gründer 2 bzw. Gründer 1 vertritt Alt-Gesellschafter 1 bzw. Alt-Gesellschafter 2 im Rahmen von zukünftigen Finanzierungsrunden der Gesellschaft und allen damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen wie Abschluss, Änderung sowie Aufhebung von Beteiligungs- und Gesellschaftervereinbarungen und übt seine (Stimm-) Rechte für ihn aus.
- 7.3 Alt-Gesellschafter 1 und Alt-Gesellschafter 2 haben hierzu Gründer 2 bzw. Gründer 1 die in den **Anlagen II und III** beigefügten Vollmachten erteilt und der Gesellschaft im Original übersandt; ein Widerruf der jeweiligen Vollmachten ist nicht zulässig.

8. Zustimmungserfordernisse

- 8.1 Die Gesellschafter sind sich darüber einig, dass ungeachtet etwaiger gesetzlicher und gesellschaftsvertraglicher Mehrheits- und weiterer Erfordernisse (ausgenommen gesetzlich zwingende Erfordernisse) die folgenden Gegenstände einer Mehrheitsentscheidung der Gesellschafter wie folgt bedürfen:
- 8.2 Zustimmung von 75 Prozent der abgegebenen Stimmen bedürfen folgende Gegenstände:
- Strukturmaßnahmen und Grundlagengeschäfte, insbesondere
- a) Kapitalmaßnahmen;
 - b) Mezzanine Finanzierungsverträge und Einräumung von Gewinnrechten;
 - c) Änderungen des Unternehmensgegenstandes der Gesellschaft, Änderung der Tätigkeitsbereiche des von der Gesellschaft betriebenen Unternehmens sowie die Beendigung bestehender sowie Aufnahme neuer Geschäftszweige;
 - d) Umwandlungen im Sinne von § 1 UmwG sowie wirtschaftlich äquivalente Maßnahmen;
 - e) Zustimmung zu Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 ff. AktG sowie wirtschaftlich äquivalente Maßnahmen;
 - f) Sonstige Satzungsänderungen;
 - g) Ausschluss des Bezugsrechts bei Kapitalerhöhungen; insoweit bedarf es zusätzlich einer Mehrheit von 75 % des Stammkapitals;
 - h) Einziehung von Anteilen;
 - i) Außerplanmäßige Rückzahlung von Eigenkapital oder Gesellschafterdarlehen;
 - j) Auflösung der Gesellschaft;

- k) Erwerb bzw. Errichtung, Schließung und Veräußerung von Betrieben, Teilbetrieben, Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften und Beteiligungen;
- l) Unmittelbare oder mittelbare Veräußerung oder Verpachtung des Gesellschaftsvermögens als Ganzes oder zu einem wesentlichen Teil (mindestens 50% des Vermögens einschließlich stiller Reserven);
- m) Bestimmung der Anzahl der Geschäftsführer sowie deren Bestellung und Abberufung und der Abschluss, die Änderung und die Beendigung der Anstellungsverträge.

8.3 Zustimmung von 50 Prozent der abgegebenen Stimmen bedürfen folgende Gegenstände:

- (i) Außerordentliche Geschäftsführungsmaßnahmen; insbesondere
 - a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundbesitz und grundstücksgleichen Rechten oder Rechten an Grundstücken;
 - b) Gewährung von Krediten, Bürgschaften, Garantien etc. außerhalb des ordentlichen Geschäftsgangs (ausgenommen an Tochtergesellschaften);
 - c) Abschluss und Änderungen von Geschäftsführer-Geschäftsordnungen;und
- (ii) in allen übrigen Fällen, in denen es von Gesetzes oder Satzung der Gesellschaft wegen eines Gesellschafterbeschlusses bedarf, soweit nicht bereits von Ziffer 8.2 erfasst.

9. Verfügungen über Geschäftsanteile

9.1 Verfügungen über Geschäftsanteile bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Einwilligung der Gesellschaft. Die Einwilligung ist zu erteilen, wenn kein Vorerwerbsrecht ausgeübt wird und der Verfügung nicht wichtige, in der Person des Erwerbers liegende Gründe entgegenstehen. Verfügungen nach den Ziffern 11 (Mitveräußerungsrechte (Tag-Along)) und 12 (Mitveräußerungspflichten (Drag-Along)) bedürfen keiner Einwilligung der Gesellschaft.

10. Vorerwerbsrechte

10.1 Will ein Gesellschafter („Veräußernder Gesellschafter“) seine Geschäftsanteile an der Gesellschaft veräußern oder darüber verfügen, ist er verpflichtet, in Schriftform (§ 126 BGB) oder in einem elektronischen Verfahren über die Plattform ein Veräußerungsangebot („Veräußerungsangebot“) hinsichtlich der zu veräußernden Geschäftsanteile an

- (i) die Gesellschaft, soweit die zu veräußernden Geschäftsanteile 10 Prozent des Stammkapitals oder weniger repräsentieren, oder
- (ii) die Gründer, die Alt-Gesellschafter und die A-Share-Gesellschafter, soweit die zu veräußernden Geschäftsanteile mehr als 10 Prozent des Stammkapitals repräsentieren („Berechtigte Gesellschafter“)

zu richten. In dem Veräußerungsangebot sind die zu veräußernden Geschäftsanteile den Berechtigten Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung am Stammkapital untereinander anzubieten oder der Gesellschaft in Gänze, soweit sich das Angebot an die Gesellschaft zu richten hat.

Das Angebot muss dem Veräußerungsangebot an den in Aussicht genommenen Erwerber entsprechen und in jedem Fall die folgenden Angaben enthalten:

- Name / Firma und Adresse / Sitz des in Aussicht genommenen Erwerbers;
- Kaufpreis bzw. andere Gegenleistung für die beabsichtigte Veräußerung
- Fälligkeit des Kaufpreises bzw. der anderen Gegenleistung;
- Nennbetrag der zu übertragenden Geschäftsanteile;

- Gewährleistungen, die gegenüber dem Erwerber übernommen werden sollen.

Sind als Gegenleistung des in Aussicht genommenen Erwerbers Sachleistungen beabsichtigt, so ist deren Verkehrswert für den im Veräußerungsangebot zu nennenden Kaufpreis maßgeblich. Die Berechtigten Gesellschafter und die Gesellschaft sind stets berechtigt, statt der Sachleistung einen Barkaufpreis zu bezahlen.

- 10.2 Das Vorerwerbsrecht kann von den Berechtigten Gesellschaftern und/oder der Gesellschaft nur im Hinblick auf alle ihnen jeweils angebotenen Geschäftsanteile ausgeübt werden, nicht nur für einen Teil der angebotenen Geschäftsanteile.
- 10.3 Nach Eingang des Veräußerungsangebots haben die Berechtigten Gesellschafter oder die Gesellschaft dem Veräußernden Gesellschafter und in Kopie an sämtliche weiteren Gesellschafter innerhalb einer Frist von zwei Wochen („Annahmefrist“) in Schriftform (§ 126 BGB) oder in einem elektronischen Verfahren über die Plattform mitzuteilen, ob sie das Veräußerungsangebot annehmen wollen („Annahmewunsch“).
- 10.4 Üben ein Berechtigter Gesellschafter oder mehrere Berechtigte Gesellschafter ihr Vorerwerbsrecht nicht innerhalb der Annahmefrist durch Übermittlung eines Annahmewunsches aus, haben die übrigen Berechtigten Gesellschafter, die einen Annahmewunsch übermittelt haben, jeweils anteilig im Verhältnis ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft untereinander (ohne Berücksichtigung der Geschäftsanteile der ihre Vorerwerbsrechte nicht ausübenden Gesellschafter) das weitere Recht, den auf diesen bzw. diese Berechtigten Gesellschafter entfallenden Teil der zur Veräußerung stehenden Geschäftsanteile zu erwerben („Erweitertes Vorerwerbsrecht“). Das Erweiterte Vorerwerbsrecht kann nur vollständig und nur innerhalb von einer Woche („Erweiterte Annahmefrist“) nach Mitteilung durch den Veräußernden Gesellschafter an die übrigen Berechtigten Gesellschafter über das Bestehen des Erweiterten Vorerwerbsrechts, die dieser unverzüglich zu versenden hat, durch Übermittlung eines weiteren Annahmewunsches in Schriftform (§ 126 BGB) oder in einem elektronischen Verfahren über die Plattform an den Veräußernden Gesellschafter und in Kopie an sämtliche weiteren Gesellschafter ausgeübt werden.
- 10.5 Unverzüglich nach Eingang von Annahmewünschen innerhalb der Annahmefrist bzw. der Erweiterten Annahmefrist (im Falle eines Erweiterten Vorerwerbsrecht) hinsichtlich der zu veräußernden Geschäftsanteile ist der Veräußernde Gesellschafter verpflichtet, mit dem oder den Berechtigten Gesellschaftern oder der Gesellschaft einen notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag gemäß den Bedingungen des Veräußerungsangebotes über die zu veräußernden Geschäftsanteile abzuschließen.
- 10.6 Soweit innerhalb der Annahmefrist bzw. der Erweiterten Annahmefrist (im Falle eines Erweiterten Vorerwerbsrecht) keine Annahmewünsche der Berechtigten Gesellschafter oder der Gesellschaft hinsichtlich der vom Veräußernden Gesellschafter angebotenen Geschäftsanteile vorliegen, ist der Veräußernde Gesellschafter innerhalb von zwei (2) Monaten nach Ablauf der jeweiligen Annahmefrist berechtigt, die angebotenen Geschäftsanteile zu veräußern, nicht jedoch zu für den Erwerber wesentlich günstigeren Konditionen als den in dem Veräußerungsangebot genannten Bedingungen, wobei ein bis zu 5% geringerer Kaufpreis als unwesentlich anzusehen ist. Der Vertrag zwischen dem Erwerber und dem Veräußernden Gesellschafter hinsichtlich der angebotenen Anteile ist der Gesellschaft vor Erteilung der Einwilligung gemäß Ziffer 9 vorzulegen.
- 10.7 Auf Verfügungen nach den Ziffern 11 (Mitveräußerungsrechte (Tag-Along)) und 12 (Mitveräußerungspflichten (Drag-Along)) ist diese Ziffer 10 nicht anzuwenden.

11. Mitveräußerungsrechte (Tag-Along)

- 11.1 Beabsichtigen ein oder mehrere Veräußernde Gesellschafter, Geschäftsanteile an der Gesellschaft, die zusammen mehr als 25 Prozent des Stammkapitals oder der Stimmrechte

der Gesellschaft entsprechen, zu veräußern und liegt ein entsprechendes Angebot von dritter Seite („Erwerber“) vor, hat jeder Gesellschafter das Recht, von den Veräußernden Gesellschaftern innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang des Veräußerungsangebots gemäß Ziffer 10.1 zu verlangen, dass die von ihm gehaltenen Geschäftsanteile an der Gesellschaft zu wirtschaftlich gleichen Bedingungen an den Erwerber mitveräußert werden („Mitveräußerungsrecht“).

- 11.2 Für den Fall, dass die Veräußernden Gesellschafter sämtliche von ihnen an der Gesellschaft gehaltenen Geschäftsanteile zu veräußern beabsichtigen, bezieht sich das Mitveräußerungsrecht jedes Gesellschafters auf sämtliche von ihm an der Gesellschaft gehaltenen Geschäftsanteile. Soweit die Veräußernden Gesellschafter nur einen Teil ihrer Beteiligung an der Gesellschaft zu übertragen beabsichtigen, erstreckt sich das Mitveräußerungsrecht nur auf denjenigen Teil der Beteiligung, der dem Verhältnis des von den Veräußernden Gesellschaftern zu übertragenden Teils ihrer Beteiligung zu deren Gesamtbeteiligung entspricht („Mitveräußerungs-Beteiligungsquote“).
- 11.3 Das Mitveräußerungsrecht kann von jedem Gesellschafter ganz oder teilweise geltend gemacht werden.
- 11.4 Ist der Erwerber nicht bereit, die ihm von den Veräußernden Gesellschaftern angebotenen Geschäftsanteile („Veräußerer-Geschäftsanteile“) sowie Geschäftsanteile, deren Mitveräußerung verlangt wurde („Mitveräußerer-Geschäftsanteile“) insgesamt zu erwerben, so sind die Veräußernden Gesellschafter verpflichtet, Veräußerer-Geschäftsanteile und Mitveräußerer-Geschäftsanteile im Verhältnis der Beteiligungen der jeweiligen Mitveräußerer und der Veräußernden Gesellschafter am Stammkapital der Gesellschaft untereinander an den Erwerber zu veräußern.
- 11.5 Die Veräußernden Gesellschafter sind vor einer Veräußerung und innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf der maßgeblichen Erklärungsfrist gemäß Ziffer 11.1 verpflichtet, den Mitveräußerern den gesamten Nennbetrag der Geschäftsanteile mitzuteilen, die der Erwerber insgesamt erwerben will. Falls der Erwerber nicht alle Geschäftsanteile erwerben will, deren Mitveräußerung die Mitveräußerer verlangen, haben die Mitveräußerer innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Unterrichtung durch die Veräußernden Gesellschafter diesen gegenüber zu erklären, ob sie ihre Geschäftsanteile pro rata mitveräußern oder ob die Mitveräußerer von einer Mitveräußerung Abstand nehmen.
- 11.6 Die Gesellschafter verpflichten sich, im Falle der Ausübung des Mitveräußerungsrechts sämtliche in diesem Zusammenhang gegebenenfalls erforderlichen Gesellschafterbeschlüsse zu fassen oder Erklärungen abzugeben.

12. Mitveräußerungspflichten (Drag-Along)

- 12.1 Im Falle eines Erwerbsangebots von dritter Seite zum Erwerb von mehr als 50 Prozent aller Geschäftsanteile oder Stimmrechte an der Gesellschaft können die Gesellschafter aufgrund eines Beschlusses, der mit einer Mehrheit von 75 Prozent der abgegebenen Stimmen zu fassen ist, von jedem Gesellschafter eine anteilsgemäße Mitveräußerung seiner Geschäftsanteile verlangen. Dies gilt auch, wenn die Gegenleistung in liquiden Aktien bestehen, die zum Handel an einem organisierten Markt zugelassen sind (§ 31 Abs. 2 WpÜG).

13. Exit und (einfache anrechenbare) Liquidationspräferenz

- 13.1 Wenn in einer oder mehreren wirtschaftlich verbundenen Geschäftsanteilsübertragungen mehr als 50 % aller Geschäftsanteile oder Stimmrechte an der Gesellschaft veräußert werden („Exit“), wird der Veräußerungserlös – nach Abzug etwaiger Veräußerungsnebenkosten für

Berater, M&A-Berater, Investmentbanken o.ä. – zwischen den Gesellschaftern wie folgt aufgeteilt:

- 13.2 Zunächst steht jedem Neu-Gesellschafter ein Betrag in Höhe des Nennwertes der von ihm in das Stammkapital der Gesellschaft eingezahlten Beträge zuzüglich sämtlicher durch ihn geleisteten Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft zu („erstrangiger Veräußerungserlösvorzug“) („Stufe 1“).
- 13.3 Reicht der Veräußerungserlös nicht aus, um den erstrangigen Veräußerungserlösvorzug zu begleichen, wird der Veräußerungserlös an die Neu-Gesellschafter anteilig im Verhältnis der von ihnen jeweils insgesamt eingezahlten Beträge (einschließlich sämtlicher geleisteter Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft) ausgeschüttet.
- 13.4 Von dem nach Abzug des erstrangigen Veräußerungserlösvorzugs verbleibenden Veräußerungserlös („verbleibender Veräußerungserlös“) stehen sodann den nachfolgenden Gesellschaftern die nachfolgenden Beträge zu („zweitrangiger Veräußerungserlösvorzug“) („Stufe 2“):

Gesellschafter	Zweitrangiger Veräußerungserlösvorzug
Alt-Gesellschafter 4	EUR 105.828,49
Alt-Gesellschafter 5	EUR 135.752,05
Alt-Gesellschafter 6	EUR 85.723,70
Alt-Gesellschafter 7	EUR 20.928,77
Alt-Gesellschafter 8	EUR 65.000,00
Alt-Gesellschafter 9	EUR 25.000,00
Gründer 2	EUR 6.000,00
Gründer 1	EUR 6.000,00
Alt-Gesellschafter 1	EUR 3.000,00

- 13.5 Reicht der verbleibende Veräußerungserlös nicht aus, um den zweitrangigen Veräußerungserlösvorzug zu begleichen, wird der verbleibende Veräußerungserlös an die in Ziffer 13.4 genannten Gesellschafter anteilig im Verhältnis ihres jeweiligen zweitrangigen Veräußerungserlösvorzugs ausgeschüttet.
- 13.6 Der nach Abzug des erstrangigen und zweitrangigen Veräußerungserlösvorzugs (zusammen „Veräußerungserlösvorzug“) verbleibende Veräußerungserlös wird an die veräußernden Gesellschafter im Verhältnis der von ihnen jeweils veräußerten Geschäftsanteile untereinander verteilt, wobei
- (i) der Veräußerungserlösvorzug auf die pro-rata-Erlösverteilung der Neu-Gesellschafter und der in Ziffer 13.4 genannten Gesellschafter angerechnet wird und
 - (ii) der Veräußerungserlös, der auf 2.880 Geschäftsanteile von Alt-Gesellschafter 1 entfällt und pro Geschäftsanteil einen Betrag von EUR 12,50 übersteigt, allein Gründer 2 zusteht und
 - (iii) der Veräußerungserlös, der auf 1.180 Geschäftsanteile von Alt-Gesellschafter 2 sowie auf 120 Geschäftsanteile von Alt-Gesellschafter 1 entfällt und pro Anteil einen Betrag von EUR 12,50 übersteigt, allein Gründer 1 zusteht („Stufe 3“).

- 13.7 Führt die Anrechnung des Veräußerungserlösvorzugs dazu, dass Beträge verbleiben, die dann noch zu verteilen sind, so werden diese Beträge an die veräußernden Gesellschafter im Verhältnis der von ihnen jeweils veräußerten Geschäftsanteile untereinander verteilt, höchstens jedoch bis zum Erreichen der rechnerischen Beteiligung des jeweiligen Gesellschafters gemessen an seiner Beteiligungsquote („Stufe 4“).
- 13.8 *Rechenbeispiel 1 (zur leichteren Nachvollziehbarkeit der Mechanik ohne eine Verteilung auf den Stufen 2 und 3ii und 3iii): Es werden 100% der Geschäftsanteile der Gesellschaft veräußert. Der Veräußerungserlös nach Abzug etwaiger Veräußerungsnebenkosten beträgt 100 Mio €.*

Es gibt vier Gesellschafter. Jeder Gesellschafter hält 25% der Geschäftsanteile. Gesellschafter A ist Neu-Gesellschafter und hat den oben genannten Veräußerungserlösvorzug in Höhe von 8 Mio €. Die Gesellschafter B, C und D haben keinen Veräußerungserlösvorzug.

Stufe 1:

- *Von dem Veräußerungserlös iHv 100 Mio € erhält Gesellschafter A zunächst 8 Mio € Veräußerungserlösvorzug.*

Stufe 2:

- *(zur leichteren Nachvollziehbarkeit der Mechanik wird in dem Beispiel ohne eine Verteilung auf Stufe 2 gerechnet)*

Stufe 3:

- *Der verbleibende Veräußerungserlös iHv 92 Mio € wird an die vier Gesellschafter im Verhältnis der von ihnen veräußerten Geschäftsanteile verteilt. Gesellschafter B, C und D erhalten jeweils 23 Mio € (25% von 92 Mio €).*
- *Bei Gesellschafter A wird sein Veräußerungserlösvorzug iHv 8 Mio € auf die auf ihn entfallenden 23 Mio € angerechnet. Gesellschafter A erhält also über seinen Veräußerungserlös in Höhe von 8 Mio € noch weitere 15 Mio €, sodass alle Gesellschafter jeweils 23 Mio € erhalten haben.*

Stufe 4:

- *Die Anrechnung des Veräußerungserlösvorzug bei Gesellschafter A führt dazu, dass 8 Mio € zur Verteilung verbleiben.*
- *Die rechnerische Beteiligung gemessen nach der Beteiligungsquote beträgt bei allen vier Gesellschaftern 25 Mio € (25% von 100 Mio €).*
- *Alle vier Gesellschafter nehmen daher an der Verteilung des verbleibenden Betrags teil. Der Betrag iHv 8 Mio € wird an die Gesellschafter A, B, C und D im Verhältnis der von ihnen veräußerten Geschäftsanteile verteilt.*
- *Gesellschafter A, B, C und D erhalten demnach jeder weitere 2 Mio €.*
- *In der Summe erhalten die Gesellschafter A, B, C und D somit jeweils 25 Mio €.*

- 13.9 *Rechenbeispiel 2 (zur leichteren Nachvollziehbarkeit der Mechanik ohne eine Verteilung auf den Stufen 2 und 3ii und 3iii): Es werden 100% der Geschäftsanteile der Gesellschaft veräußert. Der Veräußerungserlös nach Abzug etwaiger Veräußerungsnebenkosten beträgt 20 Mio €.*

Es gibt vier Gesellschafter. Jeder Gesellschafter hält 25% der Geschäftsanteile. Gesellschafter A ist Neu-Gesellschafter und hat den oben genannten Veräußerungserlösvorzug in Höhe von 8 Mio €. Die Gesellschafter B, C und D haben keinen Veräußerungserlösvorzug.

Stufe 1:

- Von dem Veräußerungserlös iHv 20 Mio € erhält Gesellschafter A zunächst 8 Mio € Veräußerungserlösvorzug.

Stufe 2:

- (zur leichteren Nachvollziehbarkeit der Mechanik wird in dem Beispiel ohne eine Verteilung auf Stufe 2 gerechnet)

Stufe 3:

- Der verbleibende Veräußerungserlös iHv 12 Mio € wird an die vier Gesellschafter im Verhältnis der von ihnen veräußerten Geschäftsanteile verteilt. Gesellschafter B, C und D erhalten jeweils 3 Mio € (25% von 12 Mio €).
- Bei Gesellschafter A wird sein Veräußerungserlösvorzug iHv 8 Mio € auf die auf ihn entfallenden 3 Mio € angerechnet. Gesellschafter A erhält also auf Stufe 3 keine weitere Zahlung.

Stufe 4:

- Die Anrechnung des Veräußerungserlösvorzugs bei Gesellschafter A führt dazu, dass 3 Mio € zur Verteilung verbleiben.
- Die rechnerische Beteiligung gemessen nach der Beteiligungsquote beträgt bei allen vier Gesellschaftern 5 Mio € (25% von 20 Mio €).
- Gesellschafter A hat mit 8 Mio € bereits die rechnerische Beteiligung erreicht. Er nimmt nicht mehr an der Verteilung auf Stufe 4 teil.
- Die rechnerische Beteiligung der Gesellschafter B, C und D übersteigt den bisher nach den Stufen 1 und 3 auf sie entfallenden Betrag. Sie nehmen daher an der Verteilung des verbleibenden Betrags teil, höchstens bis zum Erreichen ihrer rechnerischen Beteiligung.
- Der Betrag iHv 3 Mio € wird daher an die Gesellschafter B, C und D im Verhältnis der von ihnen veräußerten Geschäftsanteile verteilt.
- Gesellschafter B, C und D erhalten demnach jeder weitere 1 Mio €.
- In der Summe erhält Gesellschafter A 8 Mio € und die Gesellschafter B, C und D jeweils 4 Mio €.

- 13.10 In Fällen des Tausches, der Einbringung, bei Verschmelzungen im Sinne des Umwandlungsgesetzes, im Fall eines Verkaufs von mindestens 50 % des zu Marktpreisen bewerteten Unternehmensvermögens (einschließlich Immaterialgütern und stillen Reserven) sowie bei vergleichbaren Veräußerungsvorgängen gelten die Bestimmungen in den Ziffern 13.1 bis 13.9 über die Erlösverteilung entsprechend.
- 13.11 Soweit die Gegenleistung in börsennotierten Anteilen besteht, ist der durchschnittliche Börsenkurs während der 30 Handelstage bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Tausches, der Einbringung, der Verschmelzung sowie vergleichbarer Veräußerungsvorgänge für die Erlösverteilung gemäß den Ziffern 13.1 bis 13.9 maßgeblich. Als Zeitpunkt des Wirksamwerdens gilt insoweit der Zeitpunkt, ab dem über die als Gegenleistung erhaltenen Anteile, ohne Berücksichtigung etwaiger Lock-Up Vereinbarungen, verfügt werden kann.
- 13.12 In den übrigen Fällen, bei denen der Wert erhaltener Anteile maßgeblich ist, wird dieser Wert für Zwecke der Erlösverteilung nach den vorstehenden Grundsätzen für die Neugesellschafter und die übrigen Gesellschafter verbindlich durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft ermittelt.

- 13.13 Die Parteien sind verpflichtet, daran mitzuwirken, dass die vorstehende Erlösverteilung nach Möglichkeit durch entsprechende Vereinbarungen mit dem Erwerber der veräußerten Geschäftsanteile oder mit sonstigen Vertragspartnern sichergestellt wird.
- 13.14 Im Falle einer Liquidation der Gesellschaft ist das nach Befriedigung der Gläubiger verbleibende Vermögen der Gesellschaft entsprechend den Bestimmungen in den Ziffer 13.1 bis 13.9 unter den Gesellschaftern zu verteilen.

14. Verwässerungsschutz (Narrow-Based Weighted-Average Anti-Dilution-Regelung)

- 14.1 Erfolgen im Anschluss an die letzte für die Finanzierungsphasen I und II vorgesehenen Kapitalerhöhungen, mit der ein Neu-Gesellschafter Gesellschafter der Gesellschaft wird, innerhalb von 24 Monaten weitere Stammkapitalerhöhungen („Weitere Finanzierungsrunden“), so ist jeder Neu-Gesellschafter und Alt-Gesellschafter („Geschützter Gesellschafter“) nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Ziffer 0 gegen übermäßige „Verwässerung“ in der Weiteren Finanzierungsrunde geschützt. Der Schutz greift, sofern bei Weiteren Finanzierungsrunden der Gegenwert für je EUR 1,00 des Nennbetrags eines übernommenen Geschäftsanteils (Nennbetrag des Geschäftsanteils plus auf das Stammkapital zu leistende Einzahlungen in die Kapitalrücklage und sonstige etwaige Leistungen, einschließlich Forderungsverzicht, „Gegenwert“) niedriger ist („Niedrigerer Gegenwert“) als der Gegenwert, den der Geschützte Gesellschafter bei seiner Aufnahme in die Gesellschaft aufbringen musste („Down Round“). Zur Vermeidung von Zweifeln: Eine Verpflichtung zur Durchführung Weiterer Finanzierungsrunden besteht nicht.
- 14.2 Im Fall einer Down Round wird dem Geschützten Gesellschafter die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen einer weiteren Kapitalerhöhung („Kompensierende Geschäftsanteilsausgabe“) so viele Geschäftsanteile (von je EUR 1,00 nominal) zum Nennwert zu übernehmen, wie erforderlich sind, um den Geschützten Gesellschafter so zu stellen, als wäre er der Gesellschaft zu einer Bewertung beigetreten, die dem gewichteten arithmetischen Mittel zwischen der Bewertung der Down Round und der Bewertung der Finanzierungsrunde, durch die der Geschützte Gesellschafter aufgenommen worden ist („Aufnahme-Finanzierungsrunde“) entspricht („gewichtetes arithmetisches Mittel“). Die Gewichtung ergibt sich dabei aus den jeweiligen Volumina der Aufnahme-Finanzierungsrunde und der Down Round, d.h. aus dem Gesamtbetrag, der jeweils auf Grundlage einer identischen Unternehmensbewertung in zeitlichem Zusammenhang von der Gesellschaft eingeworben wird.

Das Gewichtete Arithmetische Mittel berechnet sich damit als

$$\bar{x} = \frac{IB_1 + IB_{DR}}{n_1 + n_{DR}}$$

mit

IB_1 Gesamt-Investitionsbetrag Aufnahme-Finanzierungsrunde,

IB_{DR} Gesamt-Investitionsbetrag Down Round,

n_1 Gesamtanzahl Geschäftsanteile, die in der Aufnahme-Finanzierungsrunde erworben werden,

n_{DR} Gesamtanzahl Geschäftsanteile, die in der Down Round erworben werden,

wobei der Gesamt-Investitionsbetrag jeweils als Produkt von Bewertung p (Gegenwert für Anteilserwerb, s.o.) und Anzahl n aller jeweils ausgegebenen Anteile errechnet wird.

Die Anzahl Geschäftsanteile $n_{komp.}$, die der Geschützte Gesellschafter zum Nominalwert erwerben darf, berechnet sich auf dieser Grundlage als

$$n_{komp.} = \frac{(p_1 - \bar{x}) * n_{GG,1}}{\bar{x} - 1}$$

mit

p_1 Gegenwert für Anteilserwerb in der Aufnahme-Finanzierungsrunde und

\bar{x} Gewichtete Arithmetische Mittel (siehe oben)

$n_{GG,1}$ Anzahl der vom Geschützten Gesellschafter in der Aufnahme-Finanzierungsrunde erworbenen Anteile.

Rechenbeispiel: Es wird eine Aufnahme-Finanzierungsrunde durchgeführt, in der insgesamt 100.000 Anteile zu einem Gegenwert von je EUR 10,00 ausgegeben werden (d.h. der Gesamt-Investitionsbetrag beträgt EUR 1.000.000,00). Ein Geschützter Gesellschafter erwirbt in dieser Runde 1.000 Anteile (Individual-Investitionsbetrag EUR 10.000,00).

Danach findet eine Finanzierungsrunde zu einem Gegenwert je Anteil von EUR 8,00 statt (Down Round), bei der insgesamt 50.000 Anteile ausgegeben werden (Gesamt-Investitionsbetrag EUR 400.000,00).

Wenn der Geschützte Gesellschafter seinen Verwässerungsschutz in Anspruch nehmen möchte, hat er das Recht, in einer Kompensierenden Geschäftsanteilsausgabe so viele Anteile zusätzlich zum Nominalwert zu erwerben, so dass er so gestellt wird, als hätte er sämtliche Anteile zu einer Bewertung erworben, die dem Gewichteten Arithmetischen Mittel beider Gegenwerte der Finanzierungsrunden entspricht.

Das Gewichtete Arithmetische Mittel beträgt in diesem Beispiel:

(EUR 1.000.000,00 + EUR 400.000,00) / (100.000,00 + 50.000,00) = EUR 9,333.

Der Geschützte Gesellschafter darf damit zusätzlich

*((10 – 9,333) * 1.000) / (9,333 – 1) = 80 Anteile*

zum Nominalwert von je EUR 1 erwerben.

Er hätte dann insgesamt EUR 10.080,00 investiert und 1.080 Anteile erworben (Probe: EUR 10.080,00 / 1.080 = EUR 9,333).

14.3 Ziffern 13.1 und 13.2 kommen nicht zur Anwendung, wenn

- (1) eine Kapitalerhöhung aus Mitteln der Gesellschaft erfolgt;
- (2) eine Kapitalerhöhung ausschließlich zur Ausgabe neuer Geschäftsanteile im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms erfolgt; oder
- (3) die Kapitalerhöhung ausschließlich im Zusammenhang mit einem Börsengang der Gesellschaft erfolgt.

14.4 Gesellschaft und die Gesellschafter tragen dafür Sorge, dass zusammen mit der Verwässernden Kapitalerhöhung gleichzeitig die Kompensierende Geschäftsanteilsausgabe beschlossen und vollzogen wird. Eine Pflicht des Geschützten Gesellschafters zur Übernahme von Geschäftsanteilen besteht nicht.

14.5 Kommt eine Kompensierende Geschäftsanteilsausgabe nicht zustande, tragen diejenigen Gesellschafter, die für das Nichtzustandekommen der Kompensierenden Geschäftsanteilsausgabe verantwortlich sind, dafür Sorge, dass Geschäftsanteile an der Gesellschaft in entsprechender Höhe – aus dem Bestand dieser Gesellschafter oder Dritter – an die Geschützten Gesellschafter übertragen werden, wie erforderlich sind, um den Verwässerungsschutz gemäß diesen Regelungen zu bewirken.

15. Mitarbeiterbeteiligungsprogramm

15.1 Die Gesellschafter sind sich darüber einig, dass Mitarbeitern der Gesellschaft oder von Tochtergesellschaften der Gesellschaft insgesamt bis zu 10,00 % des jeweils aktuellen Stammkapitals der Gesellschaft im Rahmen eines marktüblichen Modells zur Mitarbeiterbeteiligung bei der Gesellschaft eingeräumt werden dürfen oder die Mitarbeiter im Rahmen eines Beteiligungsprogramms so gestellt werden dürfen, als ob sie entsprechend an der Gesellschaft beteiligt wären. Die Gesellschafter nehmen eine entsprechende Verwässerung ihrer Beteiligungsquoten in Kauf. Ziffer 0 findet keine Anwendung.

16. Vertraulichkeit

- 16.1 Die Parteien werden den Inhalt dieser Vereinbarung sowie den Inhalt aller diesbezüglichen Vertragsverhandlungen und alle ihnen im Zusammenhang damit in beliebiger Weise (einschließlich in elektronischer Form oder mündlich) zugänglich gemachten Unterlagen und Informationen („Vertrauliche Informationen“) streng vertraulich behandeln und ohne vorherige schriftliche Zustimmung keinem Dritten offenlegen.
- 16.2 Zu den vertraulichen Informationen gehören nicht Informationen, die zum Zeitpunkt der Offenbarung nachweislich
- a) in der Öffentlichkeit allgemein bekannt oder veröffentlicht sind, oder
 - b) zum allgemeinen Fachwissen oder Stand der Technik gehören.
- 16.3 Zu den vertraulichen Informationen gehören nicht mehr Informationen, die nach dem Zeitpunkt der Offenbarung nachweislich ohne Verschulden einer Partei öffentlich bekannt werden.
- 16.4 Die Parteien werden die vertraulichen Informationen mit der verkehrsüblichen Sorgfalt gegen den unberechtigten Zugriff Dritter schützen.
- 16.5 Die Parteien sind berechtigt, vertrauliche Informationen den Mitgliedern ihrer Geschäftsleitung und Aufsichtsorganen, Verschwiegenheitspflichten unterliegenden Beratern und Mitarbeitern („Beauftragte“) zugänglich zu machen, soweit diese die vertraulichen Informationen vernünftigerweise benötigen. Jede Partei steht dafür ein, dass alle ihre Beauftragten die in dieser Vereinbarung enthaltenen Regelungen beachten werden.
- 16.6 Die vorstehenden Regelungen gelten nicht, soweit die Parteien oder ihre Beauftragten aufgrund zwingenden Rechts oder der vollziehbaren Entscheidung eines Gerichts oder einer Behörde zur Offenlegung von Informationen verpflichtet sind. In diesem Fall wird die jeweilige Partei unverzüglich hierüber informieren und in Abstimmung mit den anderen Parteien alle notwendigen und rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreifen, um die Offenlegung zu vermeiden oder eine möglichst vertrauliche Behandlung sicherzustellen.
- 16.7 Die Parteien werden bei der Verarbeitung der vertraulichen Informationen die gesetzlichen und vertraglichen Vorschriften zum Datenschutz einhalten, insbesondere die Vorschriften der EU Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG). Dies beinhaltet auch dem aktuellen Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DS-GVO) und die Verpflichtung der Mitarbeiter auf das Datengeheimnis (§ 53 BDSG).

17. Wettbewerbsverbot

- 17.1 Die Gründer und Alt-Gesellschafter 1 und 2 unterliegen für die Dauer ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft im jeweils anwendbaren Tätigkeitsbereich der Gesellschaft in den jeweiligen räumlichen Märkten, in denen die Gesellschaft während der Dauer des Wettbewerbsverbots tätig ist („Wettbewerbsgebiet“), einem Wettbewerbsverbot. Sie dürfen weder mittelbar noch unmittelbar, weder für eigene noch für fremde Rechnung im Wettbewerbsgebiet irgendeine Tätigkeit entfalten oder Rechtsbeziehungen eingehen, die im Wettbewerb zu den von der Gesellschaft und/oder ihren Tochtergesellschaften betriebenen Geschäften steht oder die einen solchen Wettbewerb fördern. Von dem Wettbewerbsverbot erfasst ist auch die Beteiligung (auf eigene oder auf fremde Rechnung) an einem Unternehmen, das in irgendeiner Weise mit dem von der Gesellschaft und/oder seinen Tochtergesellschaften betriebenen Unternehmen konkurriert. Von den vorstehend geregelten Beschränkungen ausgenommen sind Beteiligungen an börsennotierten Aktiengesellschaften bis zu einer Höhe von 5,0 % des Grundkapitals.

- 17.2 Scheidet ein Gründer oder Alt-Gesellschafter aus der Gesellschaft aus oder wird sein Gesellschaftsanteil eingezogen („Ausscheiden“), so unterliegt er für die Dauer eines Jahres ab seinem Ausscheiden einem Wettbewerbsverbot gemäß Ziff. 17.1.
- 17.3 Den Gründern und Alt-Gesellschaftern kann Befreiung von dem in dieser Ziffer 17 geregelten Wettbewerbsverbot erteilt werden. Über Art und Umfang der Befreiung beschließen die Gesellschafter unter Ausschluss des jeweiligen Gründers bzw. Alt-Gesellschafters.
- 17.4 Im Falle des Ausscheidens eines Gründers oder Alt-Gesellschafters unterliegt er für die Dauer eines Jahres ab seinem Ausscheiden einem Abwerbeverbot. Untersagt ist (i) das Anwerben von Personen, die Kunden der Gesellschaft sind oder waren, zu dem Zweck, diesen Personen Waren oder Dienstleistungen anzubieten, welche Waren und Dienstleistungen, die von der Gesellschaft verkauft oder erbracht werden, ähnlich sind oder hiermit in Wettbewerb stehen sowie (ii) Anbieten einer Anstellung für einen Angestellten der Gesellschaft.

18. Beitritt des SPV

- 18.1 Das SPV tritt dieser Vereinbarung mit gesonderter Erklärung bei. Die übrigen Parteien stimmen bereits hiermit dem Beitritt zu. Der Plattformbetreiber wird mit der Entgegennahme der Beitrittserklärung beauftragt. Er hat die Beitrittserklärung dann anzunehmen, wenn das SPV wirksam und unwiderruflich Gesellschafter der Gesellschaft geworden ist.

19. Bruchteile; Kaufmännische Rundung

- 19.1 Ergeben sich bei Berechnungen im Zuge der Anwendung dieser Gesellschaftervereinbarung oder bei der Anwendung des gesetzlichen Bezugsrechts Bruchteile von Geschäftsanteilen an der Gesellschaft, so ist kaufmännisch auf ganze Geschäftsanteile zu runden.

20. Zuwiderhandeln gegen die Regelungen dieser Gesellschaftervereinbarung

- 20.1 Im Falle des Zuwiderhandelns gegen wesentliche Regelungen dieser Gesellschaftervereinbarung besteht nach Maßgabe der Satzung ein Einziehungsrecht der Gesellschaft hinsichtlich der Geschäftsanteile des zuwiderhandelnden Gesellschafters.
- 20.2 Ferner unterliegt der Gesellschafter im Falle des Zuwiderhandelns gegen die Regelungen dieser Gesellschaftervereinbarung unbeschadet eventueller Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche einer angemessenen Vertragsstrafe. Die Vertragsstrafe muss, um angemessen zu sein, insbesondere mindestens die Höhe des wirtschaftlichen Vorteils erreichen, den ein verstoßender Gesellschafter im jeweiligen Zeitpunkt durch den Verstoß erlangt bzw. erlangen könnte. Die Vertragsstrafe fließt den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft zu. Die Vertragsstrafe wird der Höhe nach durch einen Schiedsgutachter (§ 317 BGB) festgesetzt. Der Schiedsgutachter muss unabhängig und unparteilich sein. Er wird von der Gesellschaft benannt. Die Kosten seiner Beauftragung trägt der verstoßende Gesellschafter.

21. Aufhebung bestehender Gesellschaftervereinbarungen

- 21.1 Die Gründer und Alt-Gesellschafter heben hiermit jegliche vor Abschluss dieser Gesellschaftervereinbarung zwischen ihnen abgeschlossenen Gesellschaftervereinbarungen in Bezug auf Geschäftsanteile an der Gesellschaft auf. Dies gilt für alle Gesellschaftervereinbarungen, die zwischen einzelnen oder allen Gründern und Alt-Gesellschaftern abgeschlossen wurden, insbesondere für die Gesellschaftervereinbarung vom 20.09.2016 (beigefügt als **Anlage IV** – nachfolgend „vorherige Gesellschaftervereinbarung“) mit Ausnahme der Ziffer 8 der vorherigen Gesellschaftervereinbarung.

22. Schlussbestimmungen

- 22.1 Die Parteien sind nicht berechtigt, Ansprüche oder sonstige Rechte aus dieser Gesellschaftervereinbarung ohne Zustimmung der jeweils anderen Parteien zu übertragen, zu verpfänden oder in sonstiger Weise zu belasten.
- 22.2 Soweit diese Gesellschaftervereinbarung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, werden sämtliche Gebühren, Abgaben, Rechnungsprüfungskosten und sonstige Kosten dieser Gesellschaftervereinbarung und ihrer Umsetzung und/oder der Durchführung der Kapitalerhöhung von der Gesellschaft getragen. Dies gilt auch für die Kosten der Beitrittserklärung des SPV. Im Übrigen tragen alle Parteien die ihnen entstandenen Kosten selbst.
- 22.3 Änderungen dieser Gesellschaftervereinbarung, einschließlich ihrer Anlagen, bedürfen, soweit gesetzlich keine strengere Form vorgesehen ist, der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieser Ziffer 22.3.
- 22.4 Diese Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien aus und im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung oder ihren Anlagen sollen von den ordentlichen deutschen Gerichten entschieden werden. Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, der Sitz der Gesellschaft.
- 22.5 Sollte eine Bestimmung dieser Gesellschaftervereinbarung ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, oder sollte eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten sein, werden die Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen dieser Gesellschaftervereinbarung nicht berührt. Anstelle der nichtigen, unwirksamen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke werden die Parteien eine rechtlich zulässige Regelung vereinbaren, die so weit wie möglich dem entspricht, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieser Gesellschaftervereinbarung vereinbart haben würden, wenn sie die Unwirksamkeit oder die Regelungslücke erkannt hätten. Es ist der ausdrückliche Wille der Parteien, dass diese salvatorische Klausel keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.

23. Anlagen

- 23.1 Die folgenden Anlagen sind Bestandteil dieses Vertrages:
- Anlage I: Neue Satzung der Gesellschaft
 - Anlage II: Vollmacht von Alt-Gesellschafter 1
 - Anlage III: Vollmacht von Alt-Gesellschafter 2
 - Anlage IV: Vorherige Gesellschaftervereinbarung

**Die nachfolgenden Dokumente beziehen sich auf das SPV
(und nicht auf die Zielgesellschaft).**

Gesellschaftsvertrag
der
Companisto Trust Service II GmbH
("Gesellschaft")

§ 1
Firma und Sitz

- (1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma
- Companisto Trust Service II GmbH**
- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.

§ 2
Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens und einziger Zweck der Gesellschaft ist es ausschließlich, eine Verbriefung im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1075/2013 der Europäischen Zentralbank vom 18. Oktober 2013 und weitere zur Erfüllung dieses Zwecks geeignete Tätigkeiten durchzuführen (Verbrieungszweckgesellschaft im Sinne von § 1 Abs. 19 Nr. 36 Kapitalanlagegesetzbuch). Verbrieft werden Unternehmensanteile an der Energieheld GmbH mit Sitz in Hannover (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hannover unter HRB 208456). Andere Aktivitäten sind ausgeschlossen, ebenso die Aufnahme von Fremdkapital.

§ 3
Stammkapital und Geschäftsanteile

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 25.000,00 (in Worten: Euro fünfundzwanzigtausend).
- (2) Das Stammkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 25.000 Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis 25.000 im Nennbetrag von jeweils EUR 1.
- (3) Von dem Stammkapital der Gesellschaft übernimmt die Companisto Holding GmbH 25.000 (in Worten: fünfundzwanzigtausend) Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis 25.000.

§ 4
Dauer der Gesellschaft und Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft ist für unbestimmte Zeit errichtet.
- (2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr; es beginnt mit dem Tag der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister und endet mit dem darauffolgenden 31. Dezember.

§ 5 Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Die Bestimmung der Anzahl der Geschäftsführer sowie deren Bestellung und Abberufung und der Abschluss, die Änderung und die Beendigung der Anstellungsverträge erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.
- (3) Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, mit diesem Gesellschaftsvertrag, mit den Beschlüssen der Gesellschafter sowie gegebenenfalls mit einer von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu führen.
- (4) Die Geschäftsführer bedürfen für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, sowie für Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festlegt, der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung. In Eilfällen, in denen die erforderliche Zustimmung nicht rechtzeitig vorab eingeholt werden kann, dürfen die Geschäftsführer ausnahmsweise auch ohne vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung handeln, wenn dies notwendig ist, um wesentliche Nachteile für die Gesellschaft abzuwenden. In diesem Fall haben die Geschäftsführer die Gesellschafter unverzüglich über das vorgenommene Geschäft zu informieren und dabei auch den Grund der Eilbedürftigkeit darzutun.
- (5) Die Geschäftsführer sind verpflichtet, unverzüglich nach Wirksamwerden jeder Veränderung in den Personen der Gesellschafter oder des Umfangs ihrer Beteiligung eine von ihnen unterschriebene aktuelle Gesellschafterliste zum Handelsregister einzureichen, es sei denn ein Notar hat an den Veränderungen mitgewirkt.
- (6) Die vorstehenden Absätze (1) bis (5) gelten für Liquidatoren entsprechend.

§ 6 Vertretung der Gesellschaft

- (1) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.
- (2) Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann allen oder einzelnen Geschäftsführern allgemein oder im Einzelfall Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Alle oder einzelne Geschäftsführer können durch Beschluss der Gesellschafterversammlung allgemein oder im Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
- (3) Die vorstehenden Absätze (1) und (2) gelten für Liquidatoren entsprechend.

§ 7 Gesellschafterversammlung

- (1) Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführer einberufen; es genügt die Einberufung durch einen Geschäftsführer. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, auf Verlangen von Gesellschaftern, deren Geschäftsanteile zusammen mindestens dem zehnten Teil des stimmberechtigten Kapitals entsprechen, unverzüglich eine Gesellschafterversammlung einzuberufen.
- (2) Die Einberufung erfolgt schriftlich an jeden Gesellschafter unter Angabe von Ort, Tag, Zeit, Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen; bei Eilbedürftigkeit kann die Frist angemessen bis auf eine Woche verkürzt werden. Für die Fristberechnung werden der Tag der Absendung und der Tag der Gesellschafterversammlung nicht mitgezählt.
- (3) Alle Gesellschafter sind verpflichtet, der Gesellschaft eine ladungsfähige Anschrift im Inland und etwaige Änderungen stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Ladung eines Gesellschafters ist ordnungsgemäß, wenn sie an die der Gesellschaft zuletzt mitgeteilte Anschrift gerichtet worden ist.
- (4) Die Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt. Mit Zustimmung aller Gesellschafter kann die Gesellschafterversammlung auch an jedem anderen Ort in der Bundesrepublik Deutschland oder an einem Ort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stattfinden.
- (5) Ein Gesellschafter kann in der Gesellschafterversammlung nur durch einen anderen Gesellschafter oder durch einen beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten vertreten werden, der Wirtschaftsprüfer, vereidigter Buchprüfer, Rechtsanwalt oder Steuerberater sein muss. Der Vertreter hat zu Beginn der Gesellschafterversammlung eine schriftliche Vollmacht vorzulegen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, in der Gesellschafterversammlung zu seiner Beratung einen beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten hinzuzuziehen.
- (6) Die Gesellschafterversammlung wählt vor Eintritt in die Tagesordnung unter Leitung des an Lebensjahren ältesten anwesenden Gesellschafters mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen einen Versammlungsleiter. Erhält niemand die erforderliche Mehrheit, wird die Gesellschafterversammlung von dem anwesenden Gesellschafter mit der höchsten Beteiligung, bei Beteiligungsgleichheit von dem an Lebensjahren ältesten anwesenden Gesellschafter geleitet.
- (7) Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung keine notarielle Niederschrift aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung zu Beweis Zwecken ein Protokoll anzufertigen, in welchem insbesondere Ort und Tag der Versammlung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, die Feststellung des Versammlungsleiters über die Förmlichkeiten der Einberufung und die Beschlussfähigkeit, alle Anträge, Ergebnisse der Abstimmungen sowie die gefassten Gesellschafterbeschlüsse anzugeben sind. Das Protokoll ist vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen. Jedem Gesellschafter ist innerhalb von einer Woche nach der Gesellschafterversammlung eine Abschrift des Protokolls zuzustellen.
- (8) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter ordnungsgemäß geladen sind und mindestens 50 % des stimmberechtigten Kapitals anwesend oder ordnungsgemäß vertreten ist. Ist eine Gesellschafter-

versammlung nicht beschlussfähig, ist unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung in Übereinstimmung mit Absatz (2) einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf das in Satz 1 bestimmte Quorum beschlussfähig, wenn hierauf in der Einberufung hingewiesen worden ist.

§ 8 Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Gesellschafterbeschlüsse werden in Gesellschafterversammlungen mit einer Mehrheit von 50 % der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder dieser Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorsehen. Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.
- (2) Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt in der Gesellschafterversammlung eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann sein Stimmrecht nur einheitlich ausüben.
- (3) Der Versammlungsleiter hat nach jeder Beschlussfassung das Ergebnis festzustellen, den Beschluss zu verkünden und dies im Versammlungsprotokoll festzuhalten.
- (4) Beschlüsse der Gesellschaft werden, soweit nicht das Gesetz die Abhaltung einer Gesellschafterversammlung zwingend vorsieht, im schriftlichen Verfahren (Textform ausreichend) gefasst. Die Stimmabgabe hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Erhalt einer Beschlussvorlage (Textform ausreichend) zu erfolgen. Außerhalb einer Gesellschafterversammlung gefasste Beschlüsse sind in einem Protokoll schriftlich (Textform ausreichend) niederzulegen.
- (5) Gesellschafterbeschlüsse können nur innerhalb eines Monats nach Zugang des Protokolls nach § 7 Absatz (7) angefochten werden. Nach Ablauf dieser Frist gelten etwaige Beschlussmängel als geheilt.

§ 9 Jahresabschluss und Gewinnverwendung

- (1) Der Jahresabschluss mit Anhang in der gesetzlich vorgeschriebenen Form nebst – soweit gesetzlich erforderlich dem Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr ist von den Geschäftsführern innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen und - soweit eine Prüfung gesetzlich vorgeschrieben ist den Abschlussprüfern zur Prüfung vorzulegen.
- (2) Die Geschäftsführer haben allen Gesellschaftern den Jahresabschluss mit Anhang, einen etwaigen Lagebericht und einen etwaigen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Fertigstellung gemeinsam mit ihrem Vorschlag zur Gewinnverwendung vorzulegen (Textform ausreichend).
- (3) Die Gesellschafterversammlung beschließt innerhalb der gesetzlichen Frist über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Ergebnisses.

§ 10 **Bekanntmachungen der Gesellschaft**

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger für die Bundesrepublik Deutschland.

§ 11 **Sonstige Bestimmungen**

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich in diesem Gesellschaftsvertrag eine Lücke befinden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung ist eine solche wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung, insbesondere ihrer wirtschaftlichen Intention entspricht. Im Falle einer Lücke ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die nach dem Sinn und Zweck dieses Gesellschaftsvertrages vereinbart worden wäre, hätte man diesen Punkt von vornherein bedacht.
- (2) Vereinbarungen der Gesellschafter im Hinblick auf das Gesellschaftsverhältnis bedürfen der Schriftform, soweit nicht notarielle Form vorgeschrieben ist. Dies gilt auch für den Verzicht auf die Einhaltung dieser Formvorschrift.

§ 12 **Kosten**

Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten bis zu einem Gesamtbetrag von EUR 2.500,00. Darüber hinausgehende Kosten tragen die Gesellschafter im Verhältnis der Nennbeträge ihrer Geschäftsanteile.

Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main	Abteilung B Wiedergabe des aktuellen Registerinhalts Abruf vom 15.07.2019 10:29	Nummer der Firma: HRB 116002
-Ausdruck-	Seite 1 von 2	

1. Anzahl der bisherigen Eintragungen:

1

2. a) Firma:

Companisto Trust Service II GmbH

b) Sitz, Niederlassung, inländische Geschäftsanschrift, empfangsberechtigte Person, Zweigniederlassungen:

Frankfurt am Main

Geschäftsanschrift: Köpenicker Straße 154, 10997 Berlin

c) Gegenstand des Unternehmens:

Eine Verbriefung im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1075/2013 der Europäischen Zentralbank vom 18. Oktober 2013 und weitere zur Erfüllung dieses Zwecks geeignete Tätigkeiten durchzuführen (Verbriefungszweckgesellschaft im Sinne von § 1 Abs. 19 Nr. 36 Kapitalanlagegesetzbuch). Verbrieft werden Unternehmensanteile an der Energieheld GmbH mit Sitz in Hannover (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hannover unter HRB 208456). Andere Aktivitäten sind ausgeschlossen, ebenso die Aufnahme von Fremdkapital.

3. Grund- oder Stammkapital:

25.000,00 EUR

4. a) Allgemeine Vertretungsregelung:

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis:

Einzelvertretungsberechtigt; mit der Befugnis, im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen:

Geschäftsführer: Rhotert, David, Berlin, *09.10.1980

Geschäftsführer: Zwinge, Tamo, Berlin, *16.09.1980

5. Prokura:

6. a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag:

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschaftsvertrag vom 01.07.2019

b) Sonstige Rechtsverhältnisse:

Handelsregister B des Amtsgerichts Frankfurt am Main	Abteilung B Wiedergabe des aktuellen Registerinhalts Abruf vom 15.07.2019 10:29	Nummer der Firma: HRB 116002
-Ausdruck-	Seite 2 von 2	

7. a) Tag der letzten Eintragung:

10.07.2019

**Liste der Gesellschafter
der Companisto Trust Service II GmbH
mit Sitz in Frankfurt am Main**

Gesellschafter a) Name/Firma b) Sitz c) Register- nummer	lfd. Nummer der Geschäftsanteile	Anzahl der Geschäftsanteile	Nennbetrag der Geschäftsanteile (in EUR)	Beteiligung der einzelnen Geschäftsanteile am Stammkapital (in %)	Gesamtumfang der Beteiligung des Gesellschafters am Stammkapital (in %)
a) Companisto Holding GmbH b) Berlin c) AG Charlotten- burg, HRB 141442 B	1 bis 25.000	25.000	1,00	0,004	100
Stammkapital (in EUR):		25.000,00			

Berlin, den 1. Juli 2019

gez. T. Zwinge

Tamo Zwinge

gez. D. Rhotert

David Rhotert

Hiermit beglaube ich die Übereinstimmung der in dieser Datei enthaltenen Bilddaten (Abschrift) mit dem mir vorliegenden Papierdokument (Urschrift).

Berlin, den 05.07.2019

(Prof. Dr. Rust) Notar